

Beiträge zum
Widerstand 1933–1945

BERLIN

32

GERD R. UEBERSCHÄR

**Das Dilemma
der deutschen Militäropposition**

GEDENKSTÄTTE DEUTSCHER WIDERSTAND BERLIN

© Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Stauffenbergstraße 13/14, 1000 Berlin 30
1. Auflage 1988
Redaktion: Nicolaus Starost
Druck: Wilhelm Möller KG, 1000 Berlin 28
ISSN 0175-3592
Diese Broschüre wird unentgeltlich abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt

Das Dilemma der deutschen Militäropposition*

Von der Machtbeteiligung zur Distanz

Betrachtet man die Ereignisse um den deutschen Widerstand gegen Hitler nicht ausschließlich unter der aktionsorientierten Perspektive des gescheiterten Attentats von Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg vom 20. Juli 1944, so stellt die Zeitspanne von 1938 bis 1941/42 zweifellos eine der wichtigsten Phasen für die Formierung einer Militäropposition gegen Hitler dar.

Aber auch wenn man mit Harold C. Deutsch die Tat des 20. Juli keineswegs als „die einzige oder die aussichtsreichste Situation für eine erfolgreiche Verwirklichung ausgereifter Projekte“ der Militäropposition ansieht¹, so ist gleichwohl anzumerken, daß die militärischen Widerstandspläne und Überlegungen von 1938 bis 1942 im Vergleich zur Tat Stauffenbergs nicht im Sinne eines fast gelungenen Staatsstreiches überbewertet werden sollen. Es geht in erster Linie auch nicht um die Feststellung, welcher Umsturzplan und -versuch erfolgversprechender oder dramatischer ablief als der andere.²

* Überarbeiteter Text des am 5. Juni 1986 in der neuen Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin gehaltenen Vortrages, der um mehrere Passagen aus einem für die deutsch-britische Tagung „German Resistance to Hitler and British Attitudes towards it, 1937–1944“ in Leeds/Großbritannien vom 6. bis 9. Mai 1986 erstellten Referates erweitert wurde. Für freundliche Hinweise und Anregungen danke ich Herrn Hans U. Stenger, Universität Frankfurt, und Herrn Dr. Rolf-Dieter Müller, Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg.

Der Zeitabschnitt 1939–42 muß jedoch als besondere Etappe einer längeren Entwicklung des Widerstandes gegen Hitler während des Krieges gesehen werden. Die insbesondere in Verbindung mit der Beteiligung höherer Offiziere in den Kommandostellen des Heeres und der Wehrmacht in dieser Zeit gewonnenen Erfahrungen wirkten bis zum 20. Juli 1944 weiter.

Von besonderem Interesse ist dabei die gerade im militärischen Bereich zu beobachtende Gruppenbildung sowie Planung eines gewaltsamen Sturzes Hitlers und des NS-Regimes, deren konkrete Erörterung und Ausarbeitung bis in die höchsten Stellen im Oberkommando des Heeres (OKH) reichten; für sie wird im folgenden generalisierend der Begriff „Militäropposition“ und „militärischer Widerstand“ verwendet, obwohl damit in Zielsetzung, Motiven und Methoden unterschiedliche Gruppierungen sowie verschiedene Stufen und Arten von Widerstand zusammengefaßt werden, was zweifellos nicht ganz korrekt ist³.

Bei der Skizzierung dieser Widerstandshaltung kurz vor und nach Beginn des Krieges muß sowohl die innenpolitische Situation des Jahres 1938 als auch jenes in der historischen Forschung als „Bündnis“ oder „Entente“ bezeichnete besondere Verhältnis zwischen der Wehrmacht und Hitler seit dessen Machtantritt 1933 berücksichtigt werden; dieses „Bündnis der Eliten“ war zugleich Ursache jener wohl „seltsamen, oft tragisch anmutenden Zwiespältigkeit der Haltung der deutschen Generalität und weiter Kreise des Offizierkorps“ gegenüber Hitler und seiner Kriegspolitik⁴.

Es erschwerte darüber hinaus die Bildung einer einheitlichen und entschlossenen Opposition unter den Offizieren aufgrund unterschiedlicher Einstellungen und Verhaltensmuster. Dies dokumentieren bereits die möglichen Ansatzpunkte einer Militäropposition vor Kriegsbeginn 1939, wie zum Beispiel die „Blomberg-Fritsch-Affäre“ im Februar 1938, als Hitler potentielle Gegner seiner am 5. November 1937 im kleinen Kreis vorgestellten Kriegsabsicht ausschaltete⁵.

Nach späteren Aussagen von Widerstandsleuten bildeten insbesondere die im Einvernehmen mit Hitler von Göring, dem Reichsführer SS Himmler und dem SD-Chef Heydrich inszenierten Ereignisse um die Ablösung von Generaloberst Freiherr von Fritsch als Oberbefehlshaber des Heeres für viele den entscheidenden „Wendepunkt in ihrer Einstellung zum Regime“⁶. Sie wirkten gleichsam als Katalysator für den Übergang von Widerspruch und allgemeiner Kritik am Regierungsstil zur Widerstandsplanung und -aktivität gegenüber dem NS-System. Der Jahresanfang 1938 – mit der Ernennung von Joachim von Ribbentrop als Nachfolger Konstantin Freiherr von Neuraths zum Reichsaußenminister und von General der Artillerie Walther von Brauchitsch als Nachfolger Generaloberst Werner Freiherr von Fritschs zum Oberbefehlshaber des Heeres sowie der Übernahme des Reichskriegsministeriums durch Hitler persönlich und der Einsetzung von General Wilhelm Keitel als Chef des neuen Oberkommandos der Wehrmacht – offenbarte das Ende der von Hitler bislang zugelassenen eigenständigen Machtposition der Armee im nationalsozialistischen Staat.

Als die innenpolitischen Ereignisse des Frühjahres 1938 gleichsam zum Integrationsfaktor für eine sich formierende nationalkonservative, „patriotische“ Militäropposition wurden⁷, hatte die Wehrmacht auf machtpolitischem Gebiet bereits entscheidendes Terrain verloren. Zudem zeigte sich sehr bald, daß nach der Vergrößerung der Reichswehr zur Wehrmacht seit 1935 keine einheitliche politische

Einstellung und Grundhaltung des Offizierkorps gegenüber dem Nationalsozialismus mehr vorhanden war, daß vielmehr mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verstärkt nationalsozialistischer Geist in die Wehrmacht eingeströmt war.

Nach neueren Forschungsergebnissen entstand in dieser Zeit jedoch noch keine geschlossene Oppositionsgruppe „der“ Militärs. Vielmehr gab es unterschiedlich motivierte Aktivitäten verschiedener Offiziere, die von einer sich ausbreitenden allgemeinen Unzufriedenheit über die „unehrenhafte Lösung“ der Fritsch-Krise getragen wurden. Ihr Ziel waren die Aufdeckung der Machenschaften und Intrigen von SS, SD und Gestapo sowie die Zurückerlangung der alten Machtposition für die Armee. Insofern ging es eher um einen systeminternen „innenpolitischen Machtkampf“ als um „irgendeine, auch nur im Ansatz auf Systemumsturz abzielende Verschwörung“ oder einen Putsch gegen Hitler⁸.

Eine deutlichere Widerstandshaltung in militärischen Kreisen resultierte erst aus der sich nach dem „Anschluß“ Österreichs verschärfenden Sudetenkrise von April bis September 1938 sowie den damit verbundenen Bemühungen des Generalstabschefs des Heeres, General Ludwig Beck, der Hitler von seinem expansiven Aggressions- und Kriegskurs abbringen wollte⁹. In Verbindung mit Becks politischer Haltung, die Mitverantwortung für Hitlers Politik ausdrücklich abzulehnen und die Einstellung der von Hitler befohlenen Angriffsvorbereitungen gegen die Tschechoslowakei zu verlangen, entstanden im Sommer 1938 direkte Kontakte von Ludwig Beck, Carl Friedrich Goerdeler, Hjalmar Schacht, Hans Bernd Gisevius mit Admiral Wilhelm Canaris und Oberstleutnant Hans Oster aus der Abwehrabteilung im OKW. In deren Dienststelle am Tirpitzufer in Berlin liefen die Fäden der geheimen Verschwörung gegen Hitler zusammen. Oster war bereits seit Hitlers Mordaktionen bei der sogenannten „Röhm-Affäre“ am 30. Juni 1934 ein entschiedener Gegner Hitlers und des NS-Systems, dessen Vorgehen er als „Methoden einer Räuberbande“ qualifizierte¹⁰. Zusammen mit Becks Nachfolger, General Franz Halder¹¹, sowie mit dem im April 1938 neu ernannten Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr Ernst von Weizsäcker¹², mit dem Befehlshaber des Berliner Wehrkreises, General Erwin von Witzleben, und dem Oberquartiermeister I im Generalstab, General Karl-Heinrich von Stülpnagel, waren Admiral Canaris¹³ und Oster dann auch die Hauptakteure des im September 1938 geplanten Staatsstreiches gegen Hitler.

Erste Staatsstreichplanung der Militärs im Herbst 1938

Als General der Artillerie Halder in der Nachfolge Becks am 27. August 1938 die Dienststellung des Chefs des Generalstabes des Heeres übernahm, trat er diesen Posten in einer innen- und außenpolitischen Krisensituation des Dritten Reiches an, deren von Hitler betriebene gewaltsame Lösung nach Ansicht des mit Halder bislang vertrauensvoll zusammenarbeitenden Vorgängers zu einem neuen Krieg größten Ausmaßes und letztlich zu einem „Finis Germaniae“ führen mußte. Halder erklärte bei seinem Dienstantritt als Generalstabschef gegenüber von Brauchitsch, „er lehne Hitlers Kriegspläne ebenso nachdrücklich ab, wie es sein Vorgänger getan habe; er sei entschlossen, jede Möglichkeit zum Kampf gegen Hitler

auszunutzen, die dieses Amt biete“¹⁴. Beck meinte dann auch zu Goerdeler, Schacht und anderen Hitler-Kritikern, in Halder werde man einen energischen Gegner der Hitlerschen Kriegspolitik haben, der sogar vor einem Staatsstreich nicht zurückschrecke. In vertrautem Kreis soll Halder seine Ablehnung und Zweifel an den Nazis verbal gelegentlich auch in bayerischen Kraftworten zum Ausdruck gebracht haben. Gleichwohl konnte von Brauchitsch davon ausgehen, daß der neue Generalstabschef zu ihm trotz aller Empörung über Hitlers Vabanquespiel in fester Loyalität stehen werde, zumal Halder durch seine bisherige Laufbahn mehr zur Stellung eines militärischen Beraters als zu der eines mitreißenden Befehlshabers und energischen Truppenführers prädestiniert war. Halders Tatkraft und seine Bereitschaft zur Kritik an Hitler fanden durch sensible Gemütsbewegungen und hinhaltendes Zögern im ihm ungewohnten Bereich des politischen Handelns eine spürbare Einengung.

Für die alsbald nach Verbindungsaufnahme mit Reichsminister Schacht begonnenen Staatsstreichpläne gegen Hitler bemühte sich Halder um eine innen- und außenpolitische Absicherung. Er wollte erst dann den Staatsstreich auslösen, wenn Hitler den Krieg begonnen hatte und somit als Bankrotteur deutscher Außenpolitik entlarvt werden konnte. Zentrale Bedeutung maß er der Haltung Englands zu; London sollte insbesondere die Putschsituation nicht zum eigenen Vorteil militärisch ausnutzen.

Halder überließ die militärische Vorbereitung des Staatsstreichversuches General von Witzleben. Diesem unterstanden die Truppen des Berliner Wehrkreises (III). Von Witzleben konnte sich dabei auf die Verbände der Potsdamer Division von Generalmajor Walter Graf von Brockdorff-Ahlefeldt und auf die Einheiten des Infanterieregimentes Nr. 50 im Raum Landsberg/Warthe von Generalmajor Paul von Hase stützen. Auch die 1. leichte Infanteriedivision unter Generalleutnant Erich Hoepner sollte für den Putsch herangezogen werden.

Halder rechnete damit, daß sich sowohl der Berliner Polizeipräsident, der SA-Führer Wolf Heinrich Graf von Helldorf, sowie dessen Stellvertreter, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, als auch weitere Armeebefehlshaber wie die Generale Wilhelm Adam, Fedor von Bock und Gerd von Rundstedt anschließen würden, sobald von Witzleben den Anfang gemacht habe.

Den Oberbefehlshaber des Heeres hat Halder in die Vorbereitung der Aktion nicht eingeweiht. Obwohl ihm von Brauchitschs Beteiligung sehr wesentlich war, wollte er ihn erst kurz vor der Entscheidung zur Auslösung des Putsches informieren. Halder nahm an, daß von Brauchitsch durch die ständigen Beratungen mit von Witzleben und mit dem hinzugezogenen Abwehr-Mitarbeiter Hans Bernd Gisevius ohnehin wisse, was geplant werde. Über Canaris und Oster liefen auch Kontakte zum Auswärtigen Amt und Staatssekretär von Weizsäcker.

Es gelang jedoch nur sehr schwer und vage, mit der britischen Regierung in Verbindung zu kommen und deren quasi unterstützende Einstellung zu erlangen. Die Reisen und Kontaktaufnahmen von Oberstleutnant a. D. Hans Boehm-Tettelbach, von Weizsäcker und Botschaftsrat Theo Kordt führten insgesamt nicht zu der erhofften Rückendeckung durch London¹⁵. Premierminister Neville Chamberlain und Außenminister Lord Halifax konnten weder von der Ernsthaftigkeit der Widerstandsbemühungen überzeugt noch davon abgehalten werden, mit dem deutschen Diktator mittels direkter Verhandlungen eine politische Regelung über die

Tschechoslowakei zu treffen, um durch Überlassung der Sudetengebiete an das Dritte Reich die von Hitler provozierte Kriegsgefahr vorerst zu beseitigen. Verständlicherweise war eine nicht fest umrissene innerdeutsche Oppositionsgruppe für die britische Regierung kein zuverlässiger und alternativer Verhandlungspartner in ihrem Bemühen um die Bewahrung des Friedens während der Sudetenkrise. Premierminister Chamberlain meinte bezeichnenderweise: „Who is Schacht? I have to deal with Hitler“¹⁶. Der Staatsstreichplan vom September 1938 kam letztlich nicht zur Ausführung, da die von den Verschwörern selbst gesetzte Prämisse für eine Aktion, nämlich Hitler gegenüber der deutschen Bevölkerung als Kriegstreiber entlarven zu können, aufgrund des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 und des dadurch unterbliebenen Angriffsbefehls gegen die Tschechoslowakei nicht gegeben war. Es war symptomatisch, daß die von den Widerstandskreisen mit London aufgenommenen Kontakte die britische Regierung nicht von deren Ernsthaftigkeit als echte politische Alternative überzeugt hatten.

Einerseits findet man nachträglich in der Literatur oft die Feststellung, der Putschversuch vom September 1938 sei ein „verheißungsvoller“ und erfolgversprechender Plan gewesen; er hätte „ohne allzu schwere innere Kämpfe zum Erfolg, d. h. zum Niederbruch des Hitler-Regiments“ führen können; nach dem Urteil von Gerhard Ritter ist durch die außenpolitische Entwicklung „eine ausgezeichnete Gelegenheit“ verpaßt worden¹⁷. Andererseits müssen aber auch mancherlei Unsicherheitsfaktoren in der Umsturzplanung konstatiert werden. So hatte der für die Auslösung der Aktion vorgesehene Oberbefehlshaber des Heeres bis zuletzt keineswegs eindeutig seine Bereitschaft erklärt, sich an die Spitze des geplanten Staatsstreiches zu stellen. Darüber hinaus wurden selbst im Lager der Verschwörer wiederholt skeptische Überlegungen angestellt, ob es gelingen könne, Hitler gegenüber den Soldaten und vor allem dem jüngeren Offizierkorps als Verbrecher und Zerstörer des Reiches darzustellen¹⁸. Zu einer rundweg bejahenden Antwort dieser Frage ist man bezeichnenderweise nicht gekommen.

Zweifellos erschwerte die außenpolitische Situation ein freies Handeln der Militäropposition. Es war zudem paradox, den Kriegsbefehl Hitlers zu wünschen, um den Krieg verhindern zu können. Unterschiedlich waren ferner die politischen Zielsetzungen und Motive. Für General Halder stellte der Coup d'Etat das allerletzte Mittel dar, um den Krieg zu verhindern. Dieser Standpunkt bedeutete aber auch, daß man nicht gegen Hitler vorgehen werde, wenn die Kriegsgefahr – in welcher Form auch immer – abgewendet war oder von Hitler durch besondere außenpolitische Maßnahmen abgewendet werden konnte.

Für Oster und Gisevius dagegen bot bereits die drohende Kriegsgefahr eine Chance zum Sturz des NS-Systems. Im Kreis der von ihnen in der Abwehrabteilung ausgesuchten Freunde und Mitstreiter bestand eine kleinere Gruppe von Offizieren, die von dem verbrecherischen und diktatorischen Charakter des Hitler-Staates moralisch sehr betroffen waren und deshalb die sofortige Tötung Hitlers beim Staatsstreich beabsichtigten.

Es wäre jedoch falsch, wollte man diese ohne Zweifel vorhandene und auch erkennbare Divergenz der Motive und Ziele der Widerstandskreise nationalkonservativer Richtung als Beweis für die Fragwürdigkeit einer deutschen Opposition insgesamt gelten lassen, um damit für die Zeit vor Kriegsbeginn das zeitweise Vor-

handensein einer aktiven militärischen Opposition gegen Hitler grundsätzlich abzustreiten. Auch wenn es der Opposition im militärischen Bereich noch an Geschlossenheit und verschwörerischer Energie mangelte, so hatten sich im September 1938 doch einige Offiziere zusammengefunden, die das Bild des militärischen Widerstandes in den nächsten Jahren maßgeblich mitbestimmten.

Die Haltung zum Kriegsbeginn 1939

Zunächst kam es nach dem Münchener Abkommen angesichts des unbestreitbaren außenpolitischen Erfolges Hitlers zu einer gewissen Enttäuschung und Resignation in militärischen Widerstandskreisen¹⁹; man hielt es für schwierig, nochmals eine enge Fühlungnahme der verschiedenen Oppositionellen zustande zu bringen. Obwohl man weiterhin die absichtliche Auslösung eines Krieges durch Hitler zu verhindern wünschte, schien es fraglich zu sein, ob es gelingen würde, im Falle eines Umsturzversuches große Teile der Bevölkerung gegen Hitler mobilisieren zu können, nachdem er gerade große außenpolitische Erfolge vorweisen konnte. Von General Halder werden in diesem Zusammenhang die Worte überliefert: „Was sollen wir nun noch tun? Es gelingt ihm [Hitler; Verf.] ja alles!“²⁰ Der Abwehr-Mitarbeiter Gisevius hat berichtet, daß er und Oberst Oster einen Teil der Umsturzpläne und vorbereiteten Ausarbeitungen erst einmal vernichteten²¹. Gleichzeitig kam es zu absichtlichen Lockerungen der bisherigen Kontakte zwischen den einzelnen Oppositionsgruppen. Man hatte sich mit dem erfolgreichen Regime wieder zu arrangieren. Außerdem mußten von Brauchitsch und Halder darauf Rücksicht nehmen, daß Hitler in einer Besprechung mit dem Oberbefehlshaber des Heeres Ende Oktober 1938 die Haltung der militärischen Führer während der Krise ausdrücklich mißbilligte, ihnen Angst vor eigener Schwäche und das Fehlen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der politischen Führung vorwarf sowie ultimativ zum Aufbau einer positiven Haltung und Einstellung aufforderte.

Personelle Veränderungen im militärischen Bereich führten schließlich zu weiteren „Auflösungserscheinungen“ in der Widerstandsgruppierung; so wurde unter anderem Generaloberst von Witzleben als Oberbefehlshaber des Heeresgruppenkommandos 2 nach Kassel versetzt. Entscheidend war ebenso, daß sich General Halder von weiteren Widerstands- und Staatsstreichüberlegungen zurückzog, da er vorerst keine Erfolgsaussichten mehr für das Gelingen eines Umsturzversuches sah. Folglich wurden dann auch weder der Juden-Pogrom vom 9./10. November 1938 – bekannt als „Reichskristallnacht“ – noch die vertragswidrige militärische Besetzung der „Rest-Tschechei“ am 15. März 1939 als psychologisch günstige Anlässe angesehen, Ausgangspunkte neuer Staatsstreichversuche zu sein.

Die Erfahrungen des Jahres 1938 behinderten dann auch im Sommer 1939 die Bemühungen des ehemaligen deutschen Botschafters in Rom, Ulrich von Hassel, und des zuvor von Hitler entlassenen Reichsministers Hjalmar Schacht sowie der Generäle Georg Thomas, Erwin von Witzleben und Ludwig Beck, dem Oberbefehlshaber des Heeres von Brauchitsch und seinem Generalstabschef Halder die von Hitler erneut heraufbeschworene drohende Kriegsgefahr offen darzulegen und beide zur Aktion gegen den Diktator zu bewegen²². General Halder hielt

den günstigsten Zeitpunkt zum Staatsstreich für noch nicht gekommen. Er wollte erst einen entsprechenden Prestigeverlust Hitlers abwarten und sah mittlerweile den Kriegsbeginn nicht mehr als unmittelbaren Auslöser für einen Umsturzversuch an. Beck kritisierte diese Einstellung und war nun der Auffassung, seinem Nachfolger fehle es „am Willen zur Tat“²³. Ohne besonderen Nachdruck hat Halder dann auch als Versuch einer „Art von Gegen-Diplomatie“ die britische und französische Regierung über ihre Berliner Botschafter Henderson und Coulondre darauf hingewiesen, daß Hitler wohl nur noch durch eine energische und eindeutige Haltung beider Mächte von seinem Kriegskurs gegenüber Polen abzubringen sei.

Als Hitler am 25. August 1939 überraschend die Angriffsvorbereitungen gegen Polen anhalten ließ, meinte man im Oberkommando des Heeres und in Widerstandskreisen bereits, die Kriegsgefahr sei gebannt und Hitler habe wohl nur geblufft. Zu einer entscheidenden Initiative oder konkreten Staatsstreichplanung von seiten der Militäropposition um Halder ist es dann am 31. August, als Hitler schließlich doch den endgültigen Befehl zum Angriff auf Polen gab, nicht mehr gekommen.

In diesen verhängnisvollen Augusttagen von 1939 zeigte sich die Ohnmacht der nach der Münchener Konferenz auseinandergefallenen Opposition. Man hatte sich außerdem in bezug auf Hitlers absoluten Willen zum Angriffskrieg beträchtlich geirrt. Die „Kraftprobe auf Biegen und Brechen“ gegen Hitler – wie es Staatssekretär von Weizsäcker rückblickend formulierte – ist im Sommer 1939 nicht gewagt worden²⁴. Gisevius hat diese kritische Einschätzung bestätigt: „An der Haltung der deutschen Opposition gibt es für diese dramatischen Tage vor Kriegsausbruch nichts zu heroisieren. . . wir müssen uns mit der schlichten Tatsache begnügen, irgend etwas Entscheidendes, irgend etwas Mitreißendes wurde nicht getan“²⁵.

Es dürfte für dieses Zögern und Abwarten in Kreisen des Militärs nicht unerheblich gewesen sein, daß Hitler mit dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages am 23. August 1939 ein beeindruckender außenpolitischer Erfolg gelungen war, der ein Handeln der Militäropposition psychologisch ganz entscheidend behinderte. Der Pakt mit Stalin wurde innerhalb der Militärelite unterschiedlich bewertet. Einerseits galt er als Rückversicherung gegenüber einem möglichen Zweifrontenkrieg, und andererseits verstand man ihn als Wiederaufnahme der früheren guten Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee²⁶. Man konnte damit indirekt das militärische Vorgehen gegen Polen „auffangen“.

Zudem ist zu berücksichtigen, daß der Angriff gegen Polen weithin prinzipielle Zustimmung fand. Die Lösung der Danzig-, Korridor- und Polenfrage wurde in militärischen Führungskreisen aufgrund der eigenen politischen Konzeption von der angestrebten Großmachtstellung des Reiches für richtig gehalten. Wie Generalstabschef Halder waren auch andere Generale der Ansicht, die Grenzziehung im Osten müsse sowieso korrigiert werden. „Die Polenfrage muß ja einmal gelöst werden“, konstatierte beispielsweise der zweifellos zur Oppositionsgruppe zählende General Erich Hoepner anläßlich des Kriegsbeginns am 1. September 1939²⁷. Bezeichnenderweise „zuckte Brauchitsch nur noch mit den Achseln“, als ihn Staatssekretär von Weizsäcker am 31. August darauf hinwies, daß der Krieg wohl nicht auf Polen begrenzt werden könne und es doch an ihm liege, den großen

Krieg zu verhindern²⁸. Von Brauchitsch sah es anders. Er meinte nur, er müsse sich an Hitlers Richtlinien halten. Die konservativen Honoratioren der Militäropposition befanden sich insofern in einem Dilemma, da sie als national gesinnte Offiziere fest davon überzeugt waren, es gebe ein zu lösendes „Danzig“- und „Nord-Ost-Problem“ Polen, was auch von Weizsäcker als politisches Ziel bezeichnet hat. Gleichwohl gab es einzelne Offiziere, die – wie beispielsweise Admiral Canaris – über Hitlers Kriegsabsicht empört waren und „jede sittliche Grundlage“ dafür vermißten²⁹. Eine übergreifende grundsätzliche Gegenposition zur Politik des Diktators kam jedoch nicht zustande. Es waren im August 1939 nur einige wenige Offiziere, die Hitlers Vabanquespiel konsequent ablehnten und bekämpfen wollten. Nach Kriegsbeginn waren ihre oppositionellen Möglichkeiten erheblich eingegrenzt, da man es als patriotische Pflicht ansah, sich erst einmal für den Sieg der eigenen Waffen einzusetzen und aufkommende Zweifel an Hitlers Politik und Kriegführung zurückzustellen. Insofern veränderten sich für die Offiziere die grundsätzlichen Bedingungen mit Kriegsbeginn in entscheidendem Maße.

Militäropposition gegen die beabsichtigte Westoffensive

Erst die militärisch begründete Ablehnung der von Hitler sofort nach dem Erfolg in Polen beabsichtigten Offensive im Westen durch das Oberkommando des Heeres bot einen neuen Ansatzpunkt für Staatsstreichüberlegungen der Militäropposition. Das OKH vertrat damals die Auffassung, „im Westen noch auf Jahre hinaus den Krieg nur verteidigungsweise führen zu können“³⁰, und sprach sich dafür aus, den Westwall als Verteidigungslinie verstärkt auszubauen. Auch der Chef des Wehrwirtschaftsstabes im OKW, Generalmajor Georg Thomas, stimmte mit Halder und von Brauchitsch überein, daß die schlechte wirtschaftliche Lage einen längeren Abnutzungskrieg gegen die Westmächte nicht gestatte.

Hitler nahm am 9. Oktober in einer Denkschrift zur Ablehnung seines Offensivplanes durch das OKH Stellung. Seine Überlegungen trug er ferner am folgenden Tage von Brauchitsch, Halder, Raeder, Göring und Keitel vor. Er bekräftigte nachdrücklich seine Absicht, möglichst noch im Herbst 1939 den Krieg gegen Frankreich fortzusetzen. Sowohl seine Ankündigung, dabei die neutralen Staaten Niederlande, Belgien und Luxemburg anzugreifen, als auch die Furcht vor einem vielleicht langandauernden Stellungskrieg wie während des Ersten Weltkrieges waren für einige Offiziere Anlaß zu Widerspruch und Widerstand.

Ab Mitte Oktober 1939 kam es daraufhin unter Beteiligung des Leiters der sogenannten Verbindungsgruppe zwischen Abwehr und OKH, Oberstleutnant i. G. Helmut Groscurth, und des seit Anfang Oktober eingesetzten Verbindungsmannes zwischen Halder und Staatssekretär von Weizsäcker, Legationsrat Hasso von Etzdorf, zur Bildung eines engeren Arbeitskreises um General Halder im OKH. Er sollte „den Ablauf eines militärischen Vorgehens gegen Hitler im einzelnen ausarbeiten“³¹. Ob Halder damit bereits fest zur Durchführung eines Staatsstreichs entschlossen war, ist strittig³². Nach verschiedenen Hinweisen mußte er erst durch mehrere Denkschriften von der Richtigkeit der Staatsstreichüberlegungen der Offiziersgruppe im OKH sowie von Admiral Canaris und Oster in der Abwehr überzeugt werden.

Die Planungen zielten darauf ab, den Staatsstreich auszulösen, sobald Hitler den Angriffsbefehl zur Westoffensive gab. Dabei sollte die Mitarbeit der höheren Truppenbefehlshaber im Westen gewonnen werden. Zu diesem Zweck konnte vor allem an deren fachliche Einwände und Kritik gegen eine zu frühzeitige Offensive angeknüpft werden, die Admiral Canaris bei einer Frontreise in Erfahrung bringen konnte. Sowohl Generaloberst Wilhelm Ritter von Leeb, der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C, als auch Generaloberst Fedor von Bock, der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, legten dann auch in eigenen Denkschriften ihren Widerspruch gegen die von Hitler in Aussicht genommene Westoffensive dar³³. Sogar der gegenüber dem NS-System positiv eingestellte Generaloberst Walter von Reichenau meldete Kritik an. Er versuchte Mitte Oktober bei einem Besuch in Berlin im Auftrage von Brauchitschs, Hitler die Offensive auszureden. Dies mußte jedoch sehr bald als „hoffnungslos“ eingeschätzt werden³⁴, da sich Hitler jeder sachlichen Einwendung verschloß.

Um die Staatsstreichplanung voranzutreiben und auch den noch zögernden Oberbefehlshaber des Heeres zu gewinnen, wurde am 19. Oktober 1939 eine von Erich Kordt, Hasso von Etzdorf und Helmuth Groscurth angefertigte Denkschrift über „Das drohende Unheil“³⁵ an Beck und durch General von Stülpnagel auch an Halder übergeben. Die Denkschrift rief dazu auf, die Regierung Hitlers „rechtzeitig“ zu stürzen, da die üblichen „Argumente, Proteste oder Rücktrittserklärungen der militärischen Führung allein ... erfahrungsgemäß weder ein Einlenken noch Nachgeben [Hitlers Verf.] bewirken“ würden. Ganz offensichtlich beurteilten die Verfasser der Denkschrift das bisherige vorsichtige Vorgehen Halders und der übrigen höheren Befehlshaber gegenüber Hitler kritisch und skeptisch. Auch Canaris und Oster drängten Ende Oktober erneut von Stülpnagel und Halder zum raschen Handeln. Ebenso hat wohl General Hoepner, der auf der Durchreise vom Osten zum Aufmarsch im Westen am 20. Oktober beim Generalstabschef des Heeres Station machte, General Halder in seiner Ablehnung des Hitlerschen Angriffsplanes gegen Frankreich bestärkt.

Als Hitler nach mehrmaligen Terminverschiebungen den 12. November als Angriffstag für die Offensive im Westen festlegte, wollten Halder und Brauchitsch am 5. November einen letzten Versuch unternehmen, ihn von dem Angriff abzubringen, um dann gegebenenfalls den Staatsstreich rechtzeitig vor der nötigen Anlaufzeit für die Operationen einzuleiten. Zuvor überzeugten sich sowohl von Stülpnagel als auch Halder bei getrennten Reisen an die Westfront von der nach wie vor bestehenden ablehnenden Haltung einzelner Befehlshaber gegenüber Hitlers Angriffsbefehl. Für einen direkten Staatsstreich gegen Hitler stellten sich dabei jedoch nur Generaloberst von Leeb und von Witzleben zur Verfügung; Generaloberst von Bock und von Rundstedt waren nicht dafür zu gewinnen, so daß die beiden Reisen wiederum nicht die erhoffte eindeutige Klarheit brachten. Auch der Befehlshaber des Ersatzheeres, General der Infanterie Friedrich Fromm, der sich aus fachlichen Gründen schon im August 1939 gegen Hitlers Kriegführung kritisch geäußert hatte, versagte nunmehr gegenüber Halder seine unmittelbare Teilnahme an einem Putsch. Um so wichtiger war es, den nach wie vor zögernden Oberbefehlshaber des Heeres im entscheidenden Moment mitreißen und ihn als Spitze der militärischen Widerstandsaktion vorweisen zu können.

Nach der Rückkehr von der Frontreise beauftragte Halder Oberst Oster, die Staatsstreichpläne von 1938 „zu rekonstruieren“ und notfalls zu ergänzen; auch Groscurth wurde informiert, die „Vorbereitungen anlaufen zu lassen“³⁶. Ferner wurden General Georg Thomas, Osters Mitarbeiter Gisevius und Hans von Dohnanyi, sowie Beck, Eduard Wagner und Schacht unterrichtet. Eine Fühlungnahme mit Goerdeler war nicht möglich, da sich dieser in Schweden aufhielt. Innerhalb weniger Tage war es damit nochmals zur Absprache und engen Koordination der verschiedenen militärischen und zivilen Widerstandsgruppen gekommen.

Die entscheidende Unterredung von Brauchitschs mit Hitler am 5. November 1939 nahm jedoch für den Oberbefehlshaber einen unerwarteten Verlauf. Zwar lehnte Hitler den geforderten Verzicht auf seine Angriffsabsicht ab – und insofern wäre die gewünschte Ausgangsbasis für den Staatsstreich vorhanden gewesen –, doch darüber hinaus hat Hitler den Oberbefehlshaber des Heeres seinerseits mit schweren Vorwürfen und Anklagen gegen den im OKH-Hauptquartier vorherrschenden destruktiven „Geist von Zossen“ überschüttet, dessen Vernichtung er zugleich androhte³⁷.

Halder befürchtete daraufhin, daß die Staatsstreichpläne verraten worden seien, und befahl bei der Rückkehr ins Zossener Hauptquartier, alle Unterlagen sofort zu vernichten. Gegenüber Groscurth argumentierte er, der Angriffstermin stehe nunmehr fest, es sei keine Möglichkeit mehr vorhanden, sich dem Befehl Hitlers entgegenzustellen. Von Brauchitsch, der zweifellos bis dahin immer noch mit einem Nachgeben Hitlers gerechnet hatte, lehnte ebenfalls eine Teilnahme an der Verschwörung ab, nachdem er den Angriffsbefehl auf seinem Schreibtisch vorfand. Eine „Meuterei“ wollte er gegen Hitler nicht anführen, erklärte er Generaloberst von Leeb, der ihm zuvor sogar schriftlich versichert hatte, er sei bereit, mit seiner Person voll „hinter Brauchitsch zu stehen und jede gewünschte und notwendig werdende Folgerung zu ziehen“³⁸. Damit war Halders Elan gebremst; er meinte, somit müsse man die Umsturzpläne aufgeben.

Entschlußlosigkeit und Zerfall der „Militäropposition“

Von dieser Überzeugung ließ er sich in der nächsten Zeit nicht mehr abbringen. Groscurths Vorschlag, nochmals Beck, Goerdeler und Schacht einzuschalten, wurde von Halder abgelehnt. Statt dessen erklärte er, wenn man denn durchaus ein Attentat gegen Hitler durchführen wolle, solle eben Admiral Canaris selbst die Aktion leiten. Die Oppositionsgruppe um Oster und Canaris in der Abwehr sah jedoch keine Möglichkeit, ohne das befehlgebende OKH Verantwortung und Durchführung des Staatsstreiches zu übernehmen. Letztlich entzogen Halder und von Brauchitsch mit ihrer Bereitschaft, Hitlers Angriffsbefehl nunmehr doch zu akzeptieren, jeglicher weiteren Planung für einen Umsturz „praktisch den Boden“³⁹.

Der 5. November 1939 muß demnach als Wendepunkt für die Staatsstreichpläne im Herbst und Winter 1939/40 angesehen werden. Nach diesem Tag war Halders Haltung nicht nur „durch wachsende Zweifel an der Tat- und Schlagkraft der militärischen Widerstandsgruppe und durch Niedergeschlagenheit“ bestimmt, sondern es mangelte ihm letztlich auch an der ernsthaften Entschlossen-

heit und Bereitschaft zur Aktion⁴⁰. Die dann im weiteren Verlauf parallel zu den mehrmaligen Verschiebungen des Angriffstermines für die Westoffensive bis zum Frühjahr 1940 stattfindenden Versuche, den Generalstabschef doch noch für eine Staatsstreichaktion zu gewinnen, waren folglich nur noch ein vergebliches „Nachspiel“.

Aufgrund dieser Stagnation kam es in den verschiedenen Widerstandskreisen zu gegenseitigen Vorwürfen, zu Resignation und Uneinigkeit über die Beurteilung weiterer Chancen und Erfolgsaussichten einer Widerstandsaktion gegen Hitler. Groscurth, wie Oster einer der schärfsten Hitlergegner, erklärte verbittert, „diese unentschlossenen Führer ekeln einen an“⁴¹. Auch von Witzleben gelang es in nächster Zeit nicht, den Generalstabschef von der Notwendigkeit und Richtigkeit eines Staatsstreiches gegen Hitler zu überzeugen, obwohl Halder nach wie vor ganz entschieden am Gelingen der von Hitler geplanten Westoffensive durch die Maginotlinie zweifelte. Halder und von Stülpnagel wiesen statt dessen darauf hin, Oster und Beck sollten sich durch unbedachte Äußerungen nicht so sehr exponieren und möglicherweise gefährden. Ohne positives Ergebnis blieb auch ein Zusammentreffen Halders mit Staatssekretär von Weizsäcker, der den Generalstabschef über die isolierte politische Lage des Reiches unterrichtete.

Eindringlich erklärte dagegen Beck in seiner Denkschrift vom 20. November 1939, es komme darauf an, den „von vornherein aussichtslosen Weltkrieg je eher je besser zu liquidieren“⁴². Diese klare Erkenntnis hatten jedoch Halder und von Brauchitsch am Ende des Jahres 1939 zweifellos nicht gewonnen. Sie hatten gerade am 23. November 1939 von Hitler in einer beeindruckenden Rede vor ca. 180–200 Generalen und Stabsoffizieren ein schmeichelhaftes Ruhmeslied auf die Kampfkraft der deutschen Wehrmacht gehört. Der Diktator verdeutlichte dabei insbesondere dem OKH seinen siegesbewußten Standpunkt: „Alles liegt in der Hand des militärischen Führers. Mit dem deutschen Soldaten kann ich alles machen, wenn er gut geführt wird.“ Mit scharfen Worten wendete er sich zugleich an mögliche Kritiker: „Ich zertrete jeden rücksichtslos, der sich diesem Siegeswillen nicht beugt. Ich werde, wenn nötig, fallen, aber als letzter, die Niederlage erlebe ich nicht“⁴³.

Brauchitsch, der in dem anschließenden Gespräch mit Hitler seinen Rücktritt anbot, den dieser jedoch ablehnte, konzentrierte danach seine Arbeit bewußt auf den rein dienstlichen Bereich. Er war nicht bereit, weitere politische Überlegungen oder verschwörerische Möglichkeiten gegen Hitlers Kriegspolitik zu erörtern. Halder erklärte dann auch gegenüber General Georg Thomas, der ihn am 27. November 1939 im Auftrage von Johannes Popitz, Carl Friedrich Goerdeler, Ludwig Beck und Hans Oster nochmals dazu aufforderte, die Ausweitung des Krieges notfalls durch Verhaftung Hitlers zu verhindern, daß von Brauchitsch zu einer solchen Aktion „nicht zu bewegen“ sei⁴⁴. Man habe außerdem keine allgemein anerkannte Persönlichkeit, die man an Stelle Hitlers dem Volk präsentieren könne. Zudem, so meinte Halder für seine eigene Haltung sehr kennzeichnend zu General Thomas, richte sich Englands Kampf „nicht nur gegen die Nazis, sondern gegen das ganze deutsche Volk“ und außerdem sei das jüngere Offizierkorps „nicht zuverlässig“. Die Einschätzung Halders, daß die Mehrheit der Offiziere fest hinter Hitler stehe, kann nicht leichtfertig außer acht gelassen werden, zumal verschiedene Kommandeure später überzeugend erklärten, die Truppe wäre ihnen 1939 im Fal-

le eines Staatsstreiches gegen Hitler nicht gefolgt. Abwehrend äußerte sich Halder auch gegenüber Groscurth: Es sei wirklich „nicht zu ertragen, daß Deutschland auf die Dauer ein Helotenvolk Englands“ sei⁴⁵. Wie von Hassell überliefert, kam Admiral Canaris zu dem treffenden Ergebnis, „es habe keinen Zweck mehr, etwas in der Richtung zu versuchen“⁴⁶.

Bemühungen zur Abwendung weiterer Kriegseskalation

Trotz dieser allgemeinen Resignation bemühten sich Ostern und Canaris' Mitarbeiter in der Abwehr weiterhin, jeglicher Absicht zu weiterer Kriegseskalation entgegenzuwirken. Als der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Erich Raeder, ab Oktober 1939 mittels persönlicher Vorsprachen bei Hitler und durch Vorlage einer Denkschrift der Seekriegsleitung vom 15. Oktober 1939 versuchte, die Zustimmung des Diktators für eine Verschärfung der Seekriegführung gegen England und Frankreich zu erreichen, sprach sich die Amtsgruppe Ausland in der Abwehr mit ihrer Abteilung für Kriegs- und Völkerrecht (Gruppe VI) sehr deutlich gegen die von der Marine beabsichtigte rücksichtslose und „völkerrechtswidrige“ Verschärfung des See- und Handelskrieges aus. Während das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt und der beim OKW neu gebildete Sonderstab für Handelskrieg und wirtschaftliche Kampfmaßnahmen (HWK) die Forderungen nach totalem Seekrieg unterstützten und das Auswärtige Amt eine abwartende Haltung einnahm, war der seit Kriegsbeginn in der Abwehr tätige und zum Kreis um Oberst Oster zählende Kriegsverwaltungsrat Helmuth James Graf von Moltke als Bearbeiter für den Wirtschaftskrieg der wichtigste und hartnäckigste Opponent gegenüber den Bestrebungen der Seekriegsleitung, die Kriegführung zu eskalieren⁴⁷.

Moltke verlangte, daß allein nüchterne „Zweckmäßigkeit und Durchsetzbarkeit“ das deutsche Handeln im Krieg bestimmen müßten und nicht der allgemeine Wille zur Eskalation der gesamten Kriegführung⁴⁸. In einem Thesenpapier und Vortrag für den seit Kriegsbeginn als Gutachterausschuß des OKW bei der Abteilung Ausland eingesetzten „Studienausschuß Kriegsrecht“ der „Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften“ betonte von Moltke gleichsam als Alternative gegenüber der NS-Kriegführung, man solle nicht jede feindliche Maßnahme mit neuen Repressalien und übersteigerten Gegenaktionen beantworten. Insbesondere müsse man Rücksicht auf die neutralen Staaten nehmen. Es gelang dadurch, die Verschärfung des See- und Wirtschaftskrieges vorerst aufzuhalten. Hitler lehnte denn auch Ende November 1939 verschärfte Maßnahmen als Antwort auf eine neu im Londoner Parlament ausgesprochene Verschärfung des Handelskriegs vorläufig ab⁴⁹. Nach dem Beginn des Westfeldzuges nahm die Kriegsmarine im Einvernehmen mit Hitler jedoch keine Rücksichten mehr auf die Vorstellungen des Amtes Ausland/Abwehr.

Die Haltung zu den NS-Kriegsverbrechen in Polen

Neben dem fachbezogenen Widerspruch und Widerstand gegen die von Hitler geplante Westoffensive und beabsichtigten Neutralitätsverletzungen sowie die Aus-

weitung und Verschärfung des Krieges führten ab November 1939 auch die inzwischen bekannt gewordenen Verbrechen der SS-, SD- und Einsatzgruppenverbände im besetzten Polen zu nachhaltiger Bereitschaft, gegen Hitler zu opponieren⁵⁰. Die Mordaktionen erfolgten unter dem Deckmantel der Militärverwaltung des Heeres, ohne daß sie jedoch vom OKH in alleiniger Verantwortung abgestellt werden konnten. Halder wurde über das Geschehen von dem empörten Groscurth und vom Chef des Stabes beim Generalquartiermeister, Oberst Eduard Wagner, unterrichtet. Über die nationalsozialistischen Verbrechen gegen die polnische Zivilbevölkerung wurden ferner im Amt Ausland/Abwehr im Auftrage von Canaris und Oster entsprechende Unterlagen gesammelt. Canaris unterbreitete zudem das Dokumentationsmaterial bei seinen Reisen an die Westfront den dortigen Befehlshabern. Die systematischen Verbrechen und Massenmorde der Einsatzgruppen in Polen wirkten auf kritisch eingestellte, jüngere Generalstabsoffiziere wie Groscurth und Oberstleutnant Helmuth Stieff in höchstem Maße schockierend. Einzelne Truppenbefehlshaber in Polen – wie die Generale Blaskowitz, Petzel und Ulex – prangerten in mehreren Denkschriften die „Greuelhandlungen der Sicherheitspolizei“ an und verlangten deren Einstellung⁵¹.

Von Brauchitsch hat jedoch diesen gegen die NS-Herrschaftspraxis gerichteten Protesten den Boden entzogen, indem er nach einer Besprechung mit Himmler am 2. Februar in einer grundsätzlichen Stellungnahme vom 7. Februar 1940 über „Heer und SS“ Verständnis zeigte für die angeblich „notwendige und vom Führer angeordnete Lösung volkspolitischer Aufgaben“, die ganz „zwangsläufig zu sonst ungewöhnlichen, harten Maßnahmen gegenüber der polnischen Bevölkerung führen“ müßten⁵². Er schloß sogar nicht aus, daß es durch die „erforderliche beschleunigte Durchführung dieser Aufgaben“ zu einer, von ihm erwarteten, „weiteren Verschärfung dieser Maßnahmen“ kommen werde. Es kam ihm vor allem darauf an, die „mit diesem Volkstumskampf zu erwartenden, dem Geist und der Manneszucht des Heeres schädlichen Vorgänge und Handlungen von der Truppe fernzuhalten“, und dies hatte ihm Himmler nun einmal zugesagt. Im übrigen hatte von Brauchitsch schon Mitte September von Hitler persönlich dessen beabsichtigte brutale Ausrottungsmaßnahmen für Polen erfahren und sie gleichsam ohne Protest akzeptiert, so daß es ihm im weiteren Verlaufe der Entwicklung schwerlich möglich war, eine grundsätzliche Gegenposition einzunehmen. Er wollte ganz bewußt neuen Auseinandersetzungen mit Hitler aus dem Wege gehen. An dieser Einstellung änderte auch ein Brief von Generalfeldmarschall August von Mackensen vom 14. Februar 1940 nichts mehr (s. a. Dok. 5 im Anhang). Von Mackensen wies in dem von Beck angeregten Schreiben mit Sorge auf die „Befleckung“ des Ansehens und der Ehre der Armee durch die Ausschreitungen im besetzten Polen hin⁵³; von Mackensens Mühe war allerdings vergeblich, da von Brauchitsch auch einen größeren Streit mit Himmler vermeiden wollte. Er gab deshalb dem Reichsführer SS die Chance, am 13. März 1940 durch einen Vortrag vor den höheren Befehlshabern in Koblenz deren kritische Einwände gegen die Maßnahmen in Polen auszuräumen.

Insbesondere mit von Brauchitschs Befehl vom 7. Februar war den Verschwörern um Oster und Groscurth die Möglichkeit genommen, bei anderen Offizieren und Generalen durch inoffizielle Bekanntgabe dieser SS-Verbrechen Abscheu und

Verurteilung zu entfachen und damit eine prinzipielle, politisch-moralisch begründete Widerstandshaltung im größeren Ausmaß zu erzeugen.

Es bleibt die Frage offen, warum man nicht von Brauchitsch widersprach, die allgemeine Empörung und Verunsicherung ausnutzte und sich bei der Planung des Staatsstreiches nicht auf die in einzelnen Stäben in Polen bekannt gewordene Gegenposition zu Hitlers verbrecherischer Rassenpolitik gestützt hat⁵⁴. Es ist zu vermuten, daß Halders Widerstandshaltung in erster Linie auf ressortspezifischen Widerspruch, militärfachliche Kritik und weniger auf politisch-moralische Empörung zurückzuführen ist, so daß er – anders als Oster und Groscurth – den Abscheu über die aus der NS-Ideologie und NS-Rassenpolitik resultierenden Verbrechen nicht als besonderen Impuls für einen militärischen Staatsstreich akzeptierte.

Vergebliche Auslandskontakte

Enttäuschend und zugleich für den Zustand der Militäropposition zu Jahresbeginn 1940 symptomatisch verlief dann auch das von General Georg Thomas angelegte und mit großen Erwartungen verknüpfte Gespräch zwischen Beck und Halder am 16. Januar 1940. Halder machte dabei deutlich, daß er sich nicht zur Durchführung eines „Kapp-Putsches“ drängen lassen wolle, wie er den Staatsstreichversuch gegen Hitler ohne klare Kenntnis über die Haltung der Bevölkerung bezeichnete. Nach seiner Einschätzung war auch in der Wehrmacht keine breite Basis für eine Aktion gegen Hitler vorhanden, da die Truppe nach wie vor an den „Führer“ glaube⁵⁵.

Goerdeler, der über die Entschlußlosigkeit der Generale sehr verzweifelt war, entwickelte im März/April 1940 nochmals eine rege Aktivität und hatte mit dem Generalstabschef mehrere Unterredungen, um diesen dennoch zum Handeln zu drängen. Die Gespräche verstärkten jedoch nur Halders Abneigung gegen jeden Druck von ziviler Seite aus. In einem abschließenden Brief an Goerdeler lehnte Halder schließlich eindeutig eine Aktion während des Krieges ab und erklärte, daß der Krieg erst „durchgeschlagen werden müsse, ein Kompromißfriede sei sinnlos“⁵⁶.

Sogar die ersten Informationen über die gelungene Kontaktaufnahme des Münchener Rechtsanwaltes und späteren Abwehrmitarbeiters Dr. Josef Müller mit dem britischen Botschafter beim Vatikan brachten keinen Umschwung in der Haltung Halders und von Brauchitschs. Bis zum Frühjahr 1940 hatten sich – neben zum Teil vergeblichen Bemühungen von Theo Kordt und Ulrich von Hassell in der Schweiz sowie von Adam von Trott zu Solz in den USA – erfolgversprechende außenpolitische Sondierungen und Kontakte im Rom entwickelt, die Müller in Becks und Osters Auftrag seit Ende September aufgenommen hatte⁵⁷. Über Papst Pius XII. kam es dabei mit dem britischen Gesandten beim Heiligen Stuhl, Sir Francis d'Arcy Osborne, zum Austausch von politischen Fragen und Antworten, die eine spätere Verhandlungsgrundlage für einen raschen Waffenstillstand darstellen konnten. Ziel der Sondierungen war es, ein wichtiges zentrales Problem zu klären. Die Westmächte sollten die Zusage geben, daß sie eine Staatsstreichsituation in

Deutschland nicht zu militärischen Offensivmaßnahmen ausnutzen würden, wie es im OKH stets befürchtet wurde. Zudem sollten Zusicherungen über Friedensbedingungen erlangt werden, die einer Regierung nach Hitlers Sturz gewährt würden. Die Erklärungen der Westmächte sollten quasi als Katalysator für die Auslösung des Staatsstreiches dienen. Schon die ersten Ergebnisse nach Gesprächen mit Vertrauten von Pius XII. im Oktober/November 1939 waren ermutigend und ließen die Bereitschaft des Papstes zu persönlicher Vermittlung erkennen. Im weiteren Verlauf der Sondierungen zeichnete sich zudem eine gewisse Aufgeschlossenheit Londons für die Annäherungsversuche der deutschen Opposition ab. Aufgrund des „Venlo“-Zwischenfalles vom 9. November 1939 kurzfristig unterbrochen, kamen die Gespräche im Februar 1940 zum Abschluß, nachdem sich Papst Pius XII. selbst als Vermittler eingeschaltet hatte. Müller konnte Ende Februar/Anfang März das Ergebnis nach Berlin bringen, das von ihm und Hans von Dohnanyi in einem ersten umfangreichen Bericht zusammengefaßt wurde.

Dieser „X-Bericht“ sollte Halder und von Brauchitsch doch noch zur Aktion gegen Hitler veranlassen. Es war jedoch bereits ein schlechtes Omen, daß Halder den für die Übergabe arrangierten Besuch mit Ulrich von Hassell absagte, so daß ihm erst General Thomas am 4. April 1940 den Bericht vorlegen konnte⁵⁸. Nach dem Zeugnis von General Thomas und Josef Müller nannte der nach dem 20. Juli 1944 verlorengegangene Bericht akzeptable Bedingungen für eine Waffenstillstands- und Friedensvermittlung des Papstes mit England im Falle einer Widerstandsaktion: Beseitigung Hitlers und von Ribbentrops, klare Trennung von den bisherigen Machthabern des NS-Regimes durch Neubildung einer Regierung, kein deutscher Angriff im Westen, Fortbestand der Grenzen von 1937, Abstimmung in Österreich über Verbleib bei Deutschland⁵⁹. Dies war zweifellos im Sinne der national eingestellten Offiziere nicht das allerbeste, wohl aber ein gutes Ergebnis.

Halder, der die Papiere dem Oberbefehlshaber des Heeres zwar vorlegte, nutzte die Gelegenheit jedoch nicht, um von Brauchitsch im persönlichen Gespräch von der damit auf außenpolitischem Gebiet verbundenen Chance zu überzeugen. Als General Thomas den Bericht wieder abholte, schilderte ihm Halder die ablehnende Reaktion von Brauchitschs, der, ohne auf die politischen Möglichkeiten einzugehen, formal argumentiert habe: „Sie hätten mir das nicht vorlegen sollen. Das ist glatter Landesverrat, das mitzumachen kommt für mich unter keinen Umständen in Frage. Im Kriege ist für den Soldaten keinerlei Verbindung mit einer ausländischen Macht zulässig⁶⁰.“ Die durch Brauchitsch darüber hinaus verlangte Verhaftung der an der Aktion beteiligten Verschwörer lehnte Halder jedoch ab. Das Papier erzielte somit letztlich „gar keinen Erfolg“⁶¹. Halder und von Brauchitsch waren nicht bereit, aufgrund der Ergebnisse dieser außenpolitischen Sondierungen wieder konspirative Pläne aufzunehmen.

Es ist nicht auszuschließen, daß sie mittlerweile von den beachtlichen durchgeführten Rüstungsvorbereitungen für den Angriff im Westen beeindruckt waren und Zweifel an ihrer Hitler gegenüber kritischen und ablehnenden Haltung bekamen. Wenige Tage darauf kam es mit dem militärischen Triumph des am 9. April 1940 begonnenen Feldzuges gegen Dänemark und Norwegen zu einem weiteren Anstieg von Hitlers Prestige, so daß schließlich die bevorstehende Westoffensive bei vielen oppositionell eingestellten Armeeführern immer weniger als möglicher Ansatzpunkt einer Staatsstreichaktion angesehen wurde.

Im Auftrage Becks hat dann Josef Müller Anfang Mai 1940 im Vatikan seinen Kontaktleuten mitgeteilt, daß eine Aktion der Generale doch nicht zu erwarten sei und daß der Angriff im Westen, verbunden mit einer Neutralitätsverletzung Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande, unmittelbar bevorstehe. Durch diesen Akt des formellen Landesverrates distanzierte sich der um Generaloberst Beck versammelte militärisch-zivile Widerstandskreis einerseits mit aller Deutlichkeit von Hitlers Kriegspolitik und Neutralitätsverletzung, und andererseits konnte dadurch dokumentiert werden, daß die „römischen Gespräche“ kein Täuschungsmanöver der deutschen Seite waren und möglicherweise später wieder aufgegriffen werden konnten.

Außer der Mitteilung Josef Müllers, die über den Vatikan an die Regierungen in Belgien, Holland, England und Frankreich gelangte, erhielten die Westmächte und neutralen Staaten noch weitere Warnungen über die bevorstehende Westoffensive durch den Chef der Zentralabteilung bei Admiral Canaris in der Abwehr, Oberst Hans Oster⁶². Er hat ab Anfang Oktober wiederholt dem ihm befreundeten niederländischen Militärattaché, Major Sas, von Hitlers Entschluß, den Angriff im Westen gegen Frankreich mit einem Überfall auf Belgien, Luxemburg und die Niederlande zu verbinden, Mitteilung gemacht. Ebenso warnte er die dänische, norwegische und britische Regierung Anfang April vor der bevorstehenden Invasion in Dänemark und Norwegen am 9. April 1940. Noch am Abend des 9. Mai 1940 informierte er den holländischen Attaché über den für den nächsten Tag beabsichtigten Angriff im Westen. Da sich aber Osters frühere Warnungen aufgrund der wiederholten Verschiebungen des Angriffstermins durch Hitler bislang nicht als richtig erwiesen hatten, schenkte die niederländische Regierung auch dieser erneuten Information nicht die gebührende Achtung. Die Regierung in London wurde erst gar nicht informiert, so daß die von Oster damit verbundene Absicht, durch ein frühzeitiges Scheitern des deutschen Angriffs aufgrund einer gut vorbereiteten Abwehrstellung der Westmächte indirekt auf Hitlers Handeln einzuwirken und den gewünschten militärpolitischen Rückschlag zu erzeugen, nicht zum erhofften Erfolg führte.

Statt dessen brachte der am 10. Mai 1940 begonnene Westfeldzug einen imposanten Sieg der deutschen Wehrmacht. Er wertete Hitlers Stellung als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht im Dritten Reich in ganz entscheidendem Maße auf und brachte den Diktator nach der Waffenstillstandsvereinbarung mit Frankreich im Wald von Compiègne am 22. Juni 1940 auf den Höhepunkt seiner politischen Macht.

Neuere Untersuchungen haben mittlerweile das Ergebnis gebracht, daß auch Generaloberst von Reichenau, Staatssekretär von Weizsäcker und Generalmajor Walter Warlimont, durch konspirative Kontakte – zum Teil über mehrere Vermittler – mit dem potentiellen Gegner zu verschiedenen Zeiten von 1938 bis 1940 Hitlers Kriegs- und Angriffstermine an das Ausland weitergegeben haben⁶³. Die Frage nach der Zulässigkeit des Landesverrates im Rahmen von Widerstandshandlungen ist somit nicht mehr singulär als „Fall Oster“⁶⁴ zu betrachten. Bei Bekanntwerden der jeweils aufgrund einer Ausnahmesituation nach persönlicher Gewissensentscheidung und in alleiniger Verantwortung durchgeführten Konspiration mit dem Gegner wäre diese Handlungsweise einzelner Oppositioneller gleichwohl von Halder und von Brauchitsch kaum gebilligt und vielmehr scharf als Landes-

verrat abgelehnt worden. Dies hätte dann wohl auch zu einem tiefgreifenden Bruch in der ohnehin sehr heterogen zusammengesetzten militärischen Widerstandsgruppe geführt.

Man kann jedoch einerseits der Militäropposition nicht den Vorwurf machen, es habe ihr an Konsistenz im Kampf gegen Hitler und an der grundsätzlichen Bereitschaft, das Letzte zu wagen, um Hitler auf seinem Wege bei der Zerstörung Deutschlands in den Arm zu fallen, gemangelt, und andererseits versuchen, die außergewöhnlichen Handlungsweisen Osters, Müllers und von Weizsäckers aus dem Bereich des Widerstandes in den Grenzbereich zu verwerflichem, aus Gewinnsucht, Eigennutz oder niederen Beweggründen betriebenen Landesverrat abzdrängen. Oster selbst hat übrigens den Vorwurf des Landesverrates für sein Handeln zurückgewiesen und es als seine politische Aufgabe betrachtet, „Deutschland und die Welt von dieser (nationalsozialistischen) Pest zu befreien“.

Hitlergegnern ist „überall der aufnahmefähige Boden entzogen“.

Nach den unerwarteten, von kaum jemand für möglich gehaltenen militärischen Erfolgen über Frankreich konnten die Sicherheitsdienststellen des Reiches in ihren geheimen Lageberichten im Juni/Juli 1940 zufrieden über die „im gesamten deutschen Volk“ vorhandene „innere Geschlossenheit und enge Verbundenheit von Front zu Heimat“ Meldung machen; der Tätigkeit einer Opposition und sonstiger Gegner sei „überall der aufnahmefähige Boden entzogen“, hieß es in den Berichten⁶⁵. Alles schauere „dankbar und mit Vertrauen auf den Führer und seine von Sieg zu Sieg eilende Wehrmacht“. Das nach dem Sieg über Frankreich veränderte psychologisch-politische Klima kam auch in der Haltung führender Generale zum Ausdruck.

Die Begeisterungsfähigkeit über den Sieg in Frankreich kannte fast keine Grenzen. So verkündete Generaloberst von Leeb, der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C und noch Monate vorher entschiedener Kritiker der Offensivabsicht Hitlers, am 23. Juni 1940 seinen Soldaten in einem Tagesbefehl voll Stolz: „Ganz Lothringen, Elsaß und das urdeutsche Land Burgund sind in unserer Hand“; dieses „urdeutsche Land“ Burgund sollte nach der Absicht Hitlers dann sogar zur neuen Heimat der Südtiroler werden⁶⁶.

Der spätere Generalquartiermeister Eduard Wagner notierte sich in seinen Aufzeichnungen, die „hohen Herren Oberbefehlshaber“ seien „unleidlich vor Beschäftigungslosigkeit“⁶⁷. Von Weizsäcker berichtete, „auch diejenigen Generale, die vor dem 10. 5. 40 einer Offensive gegen Westen abgeneigt waren, sind jetzt von ihrer Zweckmäßigkeit überzeugt, sprechen abfällig vom Gegner und wollen nicht mehr gern an ihre früheren Urteile erinnert werden“. Neue Aufgaben erklärten sie dann sehr bald für „reizvoll“⁶⁸. Selbst den oppositionell eingestellten Offizieren kamen Zweifel an der Notwendigkeit eines Attentats gegen Hitler. Nur wenige, die das verbrecherische Handeln der nationalsozialistischen Führungselite erkannt hatten, blieben weiterhin standhaft in Opposition zum NS-Regime.

Für alle Beteiligten gleichermaßen imponierend war schließlich auch die Ehrung und Danksagung Hitlers an die siegreichen Armee- und Heerführer des Polen-

und Westfeldzuges. Anlässlich seiner Reichstagsrede am 19. Juli 1940 beförderte Hitler mehrere Generale des Heeres und der Luftwaffe zu Generalfeldmarschällen (darunter auch von Brauchitsch, von Leeb, von Bock, Keitel und von Witzleben) und zu Generalobersten (u. a. Halder, Hoepner und Fromm); in gesonderten Empfängen verlieh er ihnen prunk- und stilvoll in seiner neuen Reichskanzlei am 14. August und 4. September 1940 die neu geschaffenen Marschallstäbe.

Vor dem Hintergrund dieser Sieges euphorie und „tiefen Freude“ muß auch die Haltung von Generaloberst Halder und Generalfeldmarschall von Brauchitsch gegenüber dem von Hitler Ende Juli 1940 gefaßten Entschluß, den bisherigen Vertragspartner Sowjetunion zu überfallen und damit sein „Ostprogramm“ zu verwirklichen⁶⁹, gesehen werden. Obwohl beiden noch im Januar 1941 der „Sinn“ dieses neuen von Hitler mit der Weisung Nr. 21 vom 18. Dezember 1940 befohlenen Krieges gegen die UdSSR „nicht klar“ war⁷⁰, haben sie sich an die routinemäßige Bearbeitung und Umsetzung der Hitlerschen Entscheidung in eine umfangreiche operative Planung gemacht. Indem sie sich weitgehend auf ihre rein dienstliche, in ihrem Sinne vermutlich erfolversprechende Tätigkeit zurückzogen, schoben sie den Gedanken des Staatsstreiches gegen Hitler weit von sich.

Hemmnis für das Zustandekommen einer weitverbreiteten Oppositionshaltung gegen Hitlers neue Kriegsabsicht im Osten war einerseits die mit diesem übereinstimmende Ansicht der Geringschätzung der militärischen Stärke der UdSSR und andererseits der weitgehende Gleichklang mit der NS-Propaganda in bezug auf die Einschätzung des Kommunismus als mitverantwortlich für die deutsche Niederlage von 1918 und den Niedergang der deutschen Großmachtstellung. Mehrheitlich bestärkten die Führungskommandos Hitler in seinem Optimismus, die Sowjetunion rasch besiegen zu können. Nur vereinzelt kam eine realistische Einschätzung zustande, wie sie beispielsweise von General der Infanterie Olbricht, dem Chef des Allgemeinen Heeresamtes seit Februar 1940, oder von General der Infanterie von Stülpnagel, dem Oberbefehlshaber der 17. Armee seit Februar 1941, geäußert wurde. Sie betrachteten trotz des imposanten Aufmarsches im Osten die weiteren Erfolgsaussichten der Wehrmacht im Kampf gegen den neuen Gegner äußerst skeptisch; gleichwohl fanden ihre Warnungen kein Gehör.

So begünstigten traditionelle Hegemonievorstellungen gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa sowie eine militant antikommunistische Grundhaltung die Aufnahme der neuen Hitlerschen Entscheidung in den militärischen Führungskreisen. Der beabsichtigte Kampf gegen die UdSSR wurde von vielen Offizieren als Krieg gegen den „richtigen“ Gegner akzeptiert. Man anerkannte grundsätzlich die Richtigkeit des antibolschewistischen Kampfes.

Ausdruck dieser Haltung ist beispielsweise die Einstellung des zum Widerstandskreis um Oberst Oster in der Abwehr zählenden Korvettenkapitäns Franz Liedig, der in einer Denkschrift zur militärischen Lage im Dezember 1939 dazu aufforderte, „die bolschewistische Weltgefahr einzudämmen“ und sich militärisch gegen das „noch immer asiatisch-ungeschlachte, unberechenbare und skrupellose Staatsgebilde, wie es das heutige Rußland ist“, zu wenden⁷¹. In solchen Formulierungen trat die unbestimmte Furcht vor der „asiatischen Gefahr“, dem „asiatischen Unterweltdrachen“ ganz offen zutage.

Es kam folglich zu keinen nachhaltigen Einwänden gegen den Entschluß, die Sowjetunion anzugreifen. So blieben denn auch sorgfältige militärpolitische Analysen – wie die im Oktober 1940 vorgelegten, für Generaloberst Halder bestimmten Hinweise des Gesandtschaftsrates von Walther aus der Deutschen Botschaft in Moskau, der vor den ökonomischen und gesamtstrategischen Folgen des neuen Krieges warnte⁷², – folgenlos. Es läßt sich feststellen, daß im Gegensatz zu der Situation vor Beginn des Westfeldzuges von 1939/40 bei der Entscheidung Hitlers zur militärischen Ostlösung kein Anstoß und keine Ansatzmöglichkeit für die Formulierung einer neuen, tatkräftigen Militäropposition gesehen wurden.

Gleichwohl wurde verhaltene Kritik wie etwa von Staatssekretär von Weizsäcker, Generaloberst Jodl und Generalmajor Warlimont geäußert⁷³. Auch Hitlers Paladine von Ribbentrop, Göring und Keitel sollen anfangs Bedenken angemeldet haben. Am eindringlichsten hat wohl Großadmiral Raeder aus ressort-spezifischen Gründen versucht, Hitler vom Ostkrieg abzubringen und ihn für die schwerpunktmäßige Fortsetzung des Krieges gegen Großbritannien zu gewinnen. Diese Einwände resultierten weniger aus grundsätzlicher Gegenposition als vielmehr aus dem Wunsch, eine zeitliche Verschiebung des „Unternehmens Barbarossa“ bis nach Abschluß des Krieges gegen England zu erreichen, um die Gefahr eines Zweifrontenkrieges abzuwenden.

Als Hitler im Verlauf der weiteren Befehle für den Angriff auf die Sowjetunion nach Jahresbeginn 1941 in ganz entscheidendem Maß den Kriegsvorbereitungen den Stempel eines rassen-ideologischen Vernichtungskrieges aufdrückte und keinen Zweifel an der besonderen Qualität dieses Weltanschauungskrieges ließ, hat man im Kreis um von Hassell, Beck, Oster, Popitz und Goerdeler die Hoffnung gehabt, daß es durch Verweigerung bei Annahme und Ausführung der „verbrecherischen Befehle“ – wie „Barbarossa-Erlaß“ vom 13. Mai 1941 oder „Kommissarbefehl“ vom 6. Juni 1941 – zu einem neuen Anstoß für eine Umsturzaktion kommen könnte. Man kam aber nach von Hassell bald zu dem Ergebnis, „daß auch diesmal nichts zu erwarten sei“⁷⁴. Es kam nur zu vereinzelten mündlichen Protesten beim OKH.

Bezeichnend für die militant antibolschewistische und Hitlers Zielen entgegenkommende Einstellung innerhalb der Militäropposition ist ein von Generaloberst Erich Hoepner Anfang Mai 1941 herausgegebener Befehl, in dem er die Grundlagen der Kriegführung gegen die UdSSR für die ihm unterstellte Panzergruppe 4 umriß. Hoepner, der seit 1938 zum militärischen Widerstandskreis zu rechnen ist und nach anderen Zeugenaussagen den Überfall auf die UdSSR als Deutschlands „Harakiri“ bezeichnet hat, griff darin Hitlers berüchtigte Ausführungen über den beabsichtigten rücksichtslosen Kampf gegen die Sowjetunion vom 30. März 1941 auf und bezeichnete den Angriff auf die UdSSR als den „alten Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus“. Der Krieg müsse „mit unerhörter Härte geführt werden“ und zur „erbarungslosen, völligen Vernichtung des Feindes“ führen; Hoepner erklärte ferner, indem er die in ihrem Inhalt von der NS-Ideologie bestimmten und vom OKH neu herausgegebenen „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland“ in seinen eigenen Befehlsformulierungen aufnahm, es dürfe insbesondere „keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems“ geben⁷⁵.

Bezeichnenderweise rief Hoepner dann auch in seinem Tagesbefehl anlässlich des Angriffs auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 – ausgehend von einer drohenden Vernichtungsvision durch den Bolschewismus – zum „großen Kampf“ der „Germanen gegen das bolschewistische Slawentum“ auf, „um unser deutsches Volk und unsere Nachkommen zu erhalten“⁷⁶.

In ähnlicher Weise verteidigte General Hermann Reinecke, der als Chef des Allgemeinen Wehrmachtsamtes (AWA) für die unmenschliche Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen ab Sommer 1941 zuständig war, die nationalsozialistische Vorstellung vom Krieg zweier Ideologien; er erklärte, die in den deutschen „Befehlen zum Ausdruck gebrachte Härte“ sei „ein natürlicher Schutz gegen das bolschewistische Untermenschentum (...), das vernichtet werden müsse“⁷⁷. General Reinecke stimmte den nationalsozialistischen Vernichtungsabsichten voll zu und meinte deshalb, „von der Wehrmacht und insbesondere dem Offizierkorps sei eben mehr Verständnis für die ideologische Ausrichtung dieses Kampfes auf Leben und Tod gegen den Bolschewismus zu erwarten“.

Betroffen über derartige Befehle und Feststellungen notierte sich von Hassell in seinem Tagebuch: Man habe sich damit „auf das Hitlerische Manöver eingelassen, das Odium der Mordbrennerei der bisher allein belasteten SS auf das Heer zu übertragen“⁷⁸.

Inwiefern es auf der Basis dieses grundsätzlichen Einvernehmens und der rassistischen Haltung gegenüber der slavischen Bevölkerung zu einer weiteren Zusammenarbeit mit den SD-Einsatzgruppen während deren Mordaktionen gegen Juden und Slaven nach dem deutschen Angriff im Osten kam, läßt sich vermutlich nicht mit letzter Sicherheit feststellen. Zumindest haben einzelne Leiter der Einsatzgruppen die besondere Unterstützung durch verschiedene Heeresbefehlshaber, wie beispielsweise von Stülpnagel, von Rundstedt und von Reichenau, oder gar die „sehr enge, ja fast herzliche“ Zusammenarbeit, wie zum Beispiel mit Generaloberst Hoepner, in ihren Berichten lobend erwähnt⁷⁹.

Aber nicht nur Hoepner, sondern auch andere Armeeführer wie Generalfeldmarschall von Reichenau, General der Infanterie von Manstein, und Generaloberst Hoth demonstrierten offenkundig ihre Affinität zur grausamen NS-Rassenpolitik in Osteuropa, wenn sie in unrühmlichen Armee- und Tagesbefehlen von 1941 antisemitische Äußerungen und nationalsozialistische Leitsätze wiedergaben und dabei die unterstellten Soldaten aufforderten, „die erbarmungslose Ausrottung“ des jüdisch-bolschewistischen Systems zum Ziel des militärischen Kampfes zu machen⁸⁰.

Das Ausbleiben eines scharfen Protestes auf der einen Seite sowie andererseits die geschäftsmäßige Beteiligung – insbesondere in den Führungsstäben und im Generalstab unter Generaloberst Halder – bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Hitlerschen Kriegsvorstellungen im Osten in konkrete Befehle und Anweisungen für die eigene Truppe offenbaren schließlich deutlich das hohe Maß an Mitverantwortung und Verstrickung der Wehrmachts- und Heeresführung in den radikalen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion⁸¹.

Erst die nach dem Überfall am 22. Juni 1941 einzelnen Offizieren angesichts der Mordaktionen bewußt werdende enge Verstrickung der Wehrmacht in die grausamen Verbrechen des NS-Systems hat im Bereich der Heeresgruppe Mitte um

Oberstleutnant Henning von Tresckow zur Bildung einer beharrlichen Widerstandsgruppe geführt⁸². Von Tresckow erkannte schon recht frühzeitig diese übergeordnete Verantwortung und betrachtete den Krieg gegen die Sowjetunion als Beginn des drohenden militärischen Zusammenbruchs des Deutschen Reiches. Er wollte die von ihm vorausgesagte Katastrophe abwenden und bemühte sich deshalb ab Herbst 1941 darum, die Militäropposition wieder zu festigen, um neuen Staatsstreichplänen eine breitere Basis und größere Aussicht auf Erfolg zu verschaffen, als dies bei einzelnen Attentatsüberlegungen in der Zeit vom Sommer 1940 bis Sommer 1941 in Berlin und im Stabe von Generalfeldmarschall von Witzleben in Paris der Fall war. Ab Winter 1941/42 bot schließlich die angesichts der Niederlage vor Moskau ernüchternde militärische Situation den Anlaß, die Bereitschaft mancher Offiziere zum Widerstand gegen Hitler erheblich zu fördern.

So hat sich dann auch Generaloberst Hoepner als Befehlshaber der Panzergruppe 4 aus neu gewonnener kritischer Einsicht über Hitlers rücksichtslose Kriegführung im Januar 1942 ohne Rückendeckung durch vorgesetzte Dienststellen beispielhaft Hitlers Haltebefehlen widersetzt und die Vernichtung der ihm unterstellten Verbände durch selbständige Rücknahme der Front vermieden; Hitler hat auf diese eigenverantwortliche Handlungsweise, die ihm sehr gefährlich werden konnte, wenn sie Schule machte, sofort und rücksichtslos reagiert: Hoepner wurde abgesetzt und rechtswidrig aus der Wehrmacht ausgestoßen.

Motivationen für einen militärischen Widerstand von 1938–1942

Verschiedenartige innere und äußere Schwierigkeiten sind Ursachen für das Ausbleiben eines militärischen Staatsstreichversuches gegen das NS-Regime in der Zeit von 1938 bis 1942. Es läßt sich festhalten, daß die Militäropposition in dieser Zeit keine einheitliche, in sich geschlossene und auf allgemein akzeptierte alternative Zielvorstellungen ausgerichtete feste Gruppe war. Anstoß für ein oppositionelles Verhalten und eine verschwörerische Aktivität gegen Hitler und das NS-System bildeten sowohl unterschiedliche Auffassungen über den weiteren außen- und machtpolitischen Weg des Dritten Reiches, die vorrangig als ressort-spezifische Gründe zu kennzeichnen sind, als auch moralische und ethische Beweggründe, die stärker innenpolitisch und ideologisch motiviert waren und aus den verbrecherischen Taten der NS-Machthaber resultierten, so z. B. bei Oster und Groscurth.

Dabei sind im Rahmen der Zugehörigkeit zu einer Teilgruppe innerhalb der Herrschaftselite des Dritten Reiches auch traditionelle Übereinstimmungen in den außenpolitischen Zielen mit den nationalsozialistischen Hegemonieplänen festzustellen⁸³. Man lehnte jedoch die Ausweitung des Krieges durch Hitler zum „europäischen Großkrieg“ oder Weltkrieg ab. Andererseits sind aber auch prinzipielle politische Gegenpositionen zu registrieren, die zur Grundlage einer unerbittlichen Gegnerschaft zum NS-Systemen werden konnten. Dementsprechend waren ganz unterschiedliche Ereignisse und Beobachtungen – wie etwa Hitlers Absicht zum Angriff im Westen oder die Praktiken der NS-Juden- und Vernichtungspolitik in Polen – Ursache und Anstoß für eine Formierung der Militäropposition mit sich

daraus ergebenden konkreten Staatsstreichüberlegungen. Als besonderes Dilemma für die militärische Widerstandsgruppe erwies sich die Annahme, erst dann gegen Hitler erfolgreich handeln zu können, wenn der „Hitler-Mythos“ bei der deutschen Bevölkerung und im jüngeren Offizierkorps durch eine größere militärische Niederlage erschüttert war.

Von Beck, Oster, Gisevius und Groscurth wurden ab 1938/39 weiterreichende Absichten und Oppositionsvorbereitungen mit dem Ziel eines gewaltsamen Regime-Sturzes verfolgt als von Halder und von Brauchitsch, die in erster Linie die Kriegsausweitung verhindern wollten und Kritik an Hitlers Lagebeurteilungen und riskanten Entschlüssen übten. Zum besonderen Hemmnis für die auf die Beseitigung Hitlers hinarbeitende Gruppe wurde deren Überzeugung, beim Umsturz nicht auf die Kommandogewalt und Autorität von Brauchitschs und Halders verzichten zu können. Man bemühte sich deshalb immer wieder um die Unterstützung der vorrangig nur gegen die Kriegsführung und Kriegsausweitung eingestellten höheren Funktionsträger im OKH. Erst mit ihnen meinte die Gruppe um Oster-Groscurth-Gisevius ein gewisses Maß an Aussicht auf Erfolg beim Staatsstreich zu erzielen.

Halder und von Brauchitsch waren jedoch in der Zeit von 1938 bis 1942 von der Notwendigkeit eines gewaltsamen Umsturzes mit einem Attentat gegen Hitler nie so recht überzeugt. Sie wollten es ausdrücklich vermeiden, daß durch grundlegende innenpolitische Veränderungen außenpolitische „Schwächemomente“ für das Reich auftraten⁸⁴. Sie zögerten deshalb, sich für den Staatsstreich zu entscheiden, solange sie von seiten der Westmächte keine verbindliche Bestätigung erhielten, eine Umsturzsituation im Reich militärpolitisch nicht auszunutzen. Die Furcht vor Hitlers falscher, unzeitgemäßer Kriegspolitik reichte allein nicht aus, eine konsequente und fest entschlossene Opposition gegen ihn zu begründen. Diese Feststellung gibt zugleich eine Antwort auf die Frage, warum der Umsturzversuch dann erst vergleichsweise spät in der zweiten Kriegshälfte erfolgte.

Einen Alleingang – ohne die Mitwirkung von Generalfeldmarschall von Brauchitsch – lehnten Halder und die Gruppe um Canaris und Oster ab. Der Generalstabschef hielt es nicht für möglich, ohne die Beteiligung des Oberbefehlshabers des Heeres die Mehrzahl der führenden Generale für einen Staatsstreich gegen Hitler gewinnen zu können. Diese Einschätzung konnte sich auch auf die Erfahrungen Becks im Sommer 1938 stützen. Halder lehnte es außerdem ab, eine möglicherweise ausufernde Revolte anzuführen, welche die militärische Ordnung und institutionellen Strukturen aufgelöst hätte, indem sie sich auch gegen den vorgeetzten Oberbefehlshaber des Heeres richtete.

Nach der Absage von Brauchitschs und Halders zerfiel die Militäropposition ab Jahresanfang 1940 gleichsam wieder in einzelne oppositionell eingestellte Hitlergegner, deren Widerstandshaltung gleichwohl prinzipieller Art sein konnte. Dagegen resultierte die Haltung der Hitlergegner nur in geringem Maße aus einer grundsätzlich alternativen Strategie und Kriegspolitik. Dies offenbart auch das jeweilige Verhalten gegenüber nationalsozialistischen Anordnungen und Maßnahmen, vor denen man gerne die Augen verschloß, sowie das bereitwillige Mitwirken als hohe Funktionsträger im Dritten Reich gerade während der Jahre 1938 bis 1941/42. Aus der Sicht der Nationalsozialisten befanden sie sich gleichwohl im

Widerstand gegen Hitler, da sie ihm auf dem Weg in den großen und totalen Krieg nationalsozialistischer Prägung die – aus voller Überzeugung getragene – Gefolgschaft verweigerten.

Erst das Scheitern des „Unternehmens Barbarossa“ im Winter 1941 vor Moskau bot jedoch den „fundamentalen Hitlergegnern in Uniform“ – wie von Tresckow – die Möglichkeit, sich in neuen Oppositionsgruppen zu formieren, die vom Erlebnis des Vernichtungskrieges im Osten geprägt und dann auch bereit waren, Attentatspläne ohne den Oberbefehlshaber des Heeres oder Generalstabschef zu entwickeln und in die Tat umzusetzen, nachdem sie durch das zögerliche Verhalten führender Generale und Feldmarschälle, wie etwa von Brauchitsch, Halder, von Rundstedt und von Manstein, tief enttäuscht waren. So ist es nicht überraschend, daß Graf Stauffenberg als Gruppenleiter im Generalstab des Heeres im April 1942 auf die Frage eines Besuchers, wer denn von den höheren Militärs in den Oberkommandos für den Kampf gegen Hitlers Kriegspolitik zu gewinnen sei, eine deutliche Abgrenzung vornahm und erklärte: „Unsere Verbündeten sind nicht Halder oder Keitel, sondern die militärische Notlage und – Rückschläge, die vielleicht der Vernunft dienlich sind... Bevor es zu spät ist“⁸⁵.

Anmerkungen

- 1 Die Belegangaben sind auf die wichtigsten Verweise und unmittelbaren Zitatstellen beschränkt. Weiterführende Angaben zur Literatur und zum Forschungsstand finden sich in dem Sammelband der Internationalen Konferenz zum 40. Jahrestag des 20. Juli 1944: *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*. Hg. von Jürgen Schmädke und Peter Steinbach mit einem Vorwort von Wolfgang Treue im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. München – Zürich 1985, 2. Aufl. 1986. Angaben zur älteren Literatur bei Regine Büchel: *Der deutsche Widerstand im Spiegel von Fachliteratur und Publizistik seit 1945*. München 1975; neuere Literaturangaben in: *Bibliographie „Widerstand“*. Bearbeitet von Ulrich Cartarius, München – New York – London 1984 sowie Gerd R. Ueberschär: *Gegner des Nationalsozialismus 1933–1945*. In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 35 (1984), S. 141–196. Zur Militäropposition siehe zusammenfassend: *Aufstand des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945*. Hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) Freiburg. Herford – Bonn, 3. Aufl. 1987. Zum Beleg für die Periodisierung siehe Harold C. Deutsch: *Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939–1940*. München 1969, S. 2 ff.; zur Bedeutung der Phase 1938–1942 für die Entwicklung zum 20. Juli 1944 siehe Eberhard Zeller: *Geist der Freiheit. Der Zwanzigste Juli*. München 4. Aufl. 1963 sowie umfassend Peter Hoffmann: *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*. München 3. Aufl. 1979.
- 2 Siehe dazu Kurt Sendtner: *Die deutsche Militäropposition im ersten Kriegsjahr*. In: *Vollmacht des Gewissens*. Bd. 1. Frankfurt 1960, S. 385–532.
- 3 Vgl. Klaus-Jürgen Müller: *Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940*, Stuttgart 1969; ders.: *Die national-konservative Opposition vor dem Zweiten Weltkrieg: Zum Problem ihrer begrifflichen Erfassung*. In: *Militärgeschichte. Probleme – Thesen – Wege*. Hg. vom MGFA. Stuttgart 1982, S. 215–242; zu den verschiedenen Stufen und Arten des Widerstandes siehe Dieter Ehlers: *Technik und Moral einer Verschwörung. Der Aufstand am 20. Juli 1944*. Bonn 2. Aufl. 1965; Eberhard Bethge: *Adam von Trott und der deutsche Widerstand*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZG)* 11 (1963), S. 213–223; ferner Peter Hüttenberger: *Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“*. In: *Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion*. Hg. von Jürgen Kocka. (= *Geschichte und Gesellschaft. Sonderheft 3*) Göttingen 1977, S. 117–134.
- 4 Vgl. Fritz Fischer: *Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945*. Düsseldorf 1979; Andreas Hillgruber: *Großmachtpolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert*. 3 Beiträge zum Kontinuitätsproblem. Düsseldorf 1974; Klaus-Jürgen Müller: *Armee, Politik und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945. Studien zum Verhältnis von Armee und NS-System*. Paderborn 1979. Zum Zitat siehe Walter Görliitz: *Die deutsche Militäropposition 1939 bis 1945*. In: *Frankfurter Hefte* 4 (1949), S. 230.
- 5 Siehe Klaus-Jürgen Müller: *Militärpolitik in der Krise. Zur militär-politischen Konzeption des deutschen Heeres-Generalstabes 1938*. In: *Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und zum 50. Doktorjubiläum*. Hg. von Dirk Stegemann, Bernd-Jürgen Wendt und Peter-Christian Witt. Bonn 1983, S. 333–345. Zum „Hoßbach-Protokoll“ siehe: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D (1937–1945)*. Bd. I: *Von Neurath zu Ribbentrop. Baden-Baden 1950*. S. 25 ff. (Dok. Nr. 19); Friedrich Hoßbach: *Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934–1938*. Göttingen 2. durchges. Auflage 1965, S. 181 ff.; zur Blomberg-Fritsch-Affäre siehe: Harold C. Deutsch: *Das Komplott oder Die Entmachtung der Generale. Blomberg- und Fritsch-Krise. Hitlers Weg zum Krieg*. München 1974 mit ausführlichen Literaturhinweisen; siehe auch Müller, *Das Heer und Hitler*, S. 295 ff.; Jürgen Schmädke: *Die Blomberg-Fritsch-Krise: Vom Widerspruch zum Widerstand*. In: *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, München – Zürich 1985, S. 368–382.

- 6 Vgl. Osters Aussage in: Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Hg. vom Archiv Peter. Stuttgart 1961, S. 30, 430, 451; Romedio Galeazzo Graf Thun von Hohenstein: Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition. Berlin 1982, S. 77; Müller, Das Heer und Hitler, S. 580.
- 7 Zur Bezeichnung „nationalkonservativ“ oder „nationalpatriotisch“ siehe nun Klaus-Jürgen Müller: Die nationalkonservative Opposition 1933–1939. Von der Kooperation zum Widerstand. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. B 50/86 v. 13. 12. 1986, S. 19–30 f.; Gerhard Schulz: Nationalpatriotismus im Widerstand. In: VfZG 32 (1984), S. 331–372.
- 8 Müller, Die national-konservative Opposition, S. 225.
- 9 Klaus-Jürgen Müller: General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938. Boppard 1980. Dort auch weitere Literaturhinweise. Über die unterschiedliche Bewertung der Bereitschaft Becks, aus machtsstaatlichen Überlegungen dennoch einen Angriffskrieg zu führen, vgl. die Kontroverse zwischen Peter Höffmann: Generaloberst Ludwig Becks militärisches Denken. In: Historische Zeitschrift 234 (1982), S. 101–121 und Klaus-Jürgen Müller: Militärpolitik, nicht Militäropposition! Eine Erwiderung. In: Historische Zeitschrift 235 (1982), S. 355–371.
- 10 Graf von Thun-Hohenstein, Der Verschwörer, S. 52; vgl. Osters Angabe nach den Kaltenbrunner-Berichten: Spiegelbild einer Verschwörung, S. 451.
- 11 Vgl. dazu Heidemarie Gräfin Schall-Riaucour: Aufstand und Gehorsam. Offizierstum und Generalstab im Umbruch. Leben und Wirken von Generaloberst Franz Halder, Generalstabschef 1938–1942. Wiesbaden 1972; Peter Bor: Gespräche mit Halder. Wiesbaden 1950; Erich Kosthorst: Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug. Bonn 3. Aufl. 1957; mit abweichender Interpretation: Klaus-Jürgen Müller, Das Heer und Hitler, S. 345–573 sowie Gerd R. Ueberschär: Generaloberst Halder im militärischen Widerstand 1938–1940. In: Wehrforschung 3 (1973), S. 20–31; ders.: Militäropposition gegen Hitlers Kriegspolitik 1939 bis 1941. Motive, Struktur und Alternativvorstellungen des entstehenden militärischen Widerstands. In: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 345–367.
- 12 Vgl. Rainer A. Blasius: Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Staatssekretär Ernst Frhr. von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39. Köln/Wien 1981; Marion Thielenhaus: Zwischen Anpassung und Widerstand: Deutsche Diplomaten 1938–1941. Paderborn 1984.
- 13 Heinz Höhne: Canaris. Patriot im Zwielicht. München 1976.
- 14 Müller, Das Heer und Hitler, S. 349; Kosthorst, Die deutsche Opposition, S. 52.
- 15 Vgl. Hans Boehm-Tettelbach: Ein Mann hat gesprochen. In: Rheinische Post v. 10. 7. 1948, S. 2; Erich Kordt: Nicht aus den Akten ... Stuttgart 1950, S. 252, 279.
- 16 Hjalmar Schacht: 76 Jahre meines Lebens. Bad Wörrishofen 1953, S. 491; Vgl. auch Bernd-Jürgen Wendt: Konservative Honoratioren – Eine Alternative zu Hitler? Englandkontakte des deutschen Widerstandes im Jahre 1938. In: Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert, a. a. O., S. 347–367.
- 17 Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1956, Neuauf. 1984, S. 202 ff.; Paul Kluge: Rede zum Gedenken des 20. Juli 1944. In: Frankfurter Universitätsreden 39 (1966), S. 16; Hans Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Neuausgabe Frankfurt 1969, S. 67.
- 18 Vgl. die Aussage von H. B. Gisevius in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (= IMT). Nürnberg 1947, Bd. 12, S. 234.
- 19 Vgl. Ulrich von Hassell: Vom Andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944. Frankfurt 1964, S. 59; Helmut Krausnick: Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler. In: Vollmacht des Gewissens. Bd. I, München 1960, S. 371.

- 20 Walter Görnitz: Der deutsche Generalstab. Geschichte und Gestalt 1657–1945. Frankfurt 1950, S. 481; Gert Buchheit: Soldatentum und Rebellion. Die Tragödie der deutschen Wehrmacht. Rastatt/Baden 1961, S. 192.
- 21 Hans Bernd Gisevius: Bis zum bitteren Ende. Bd. 2. Hamburg 1947, S. 66.
- 22 Hjalmar Schacht: Abrechnung mit Hitler. Berlin – Frankfurt 1949, S. 90 f.; Georg Thomas: Gedanken und Ereignisse. In: Schweizerische Monatshefte für Politik, Wirtschaft und Kultur 25 (1945), S. 537–559.
- 23 Müller: Das Heer und Hitler, S. 396.
- 24 Blasius: Für Großdeutschland, S. 140.
- 25 Hans Bernd Gisevius: Bis zum bitteren Ende. Frankfurt 1964, S. 403 f.
- 26 Zur Haltung in militärischen Oppositionskreisen vgl. Sigrud Wegner-Korfes: Realpolitische Haltung bei Offizieren der Familien Mertz von Quirnheim, Korfes und Dieckmann. In: Militärgeschichte 25 (1986), S. 226–233, hier S. 228 f.
- 27 Gisevius, Bis zum bitteren Ende, S. 395; Heinrich Bücheler: Hoepner. Ein deutsches Soldatenschicksal des 20. Jahrhunderts. Herford 1980, S. 80.
- 28 Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950. Hg. von Leonidas E. Hill. Berlin 1974, S. 164 (7. 9. 1939 Nachtrag zum 31. 8. 39); zum folgenden S. 173.
- 29 Helmuth Groscurth: Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler. Hg. von Helmut Krausnick und Harold C. Deutsch. Stuttgart 1970, S. 179 (24. 8. 1939).
- 30 Walter Warlimont: Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939–1945. Frankfurt 1964, S. 51; vgl. Hans-Adolf Jacobsen: Fall Gelb. Der Kampf um den deutschen Operationsplan zur Westoffensive 1940. Wiesbaden 1957, S. 10; Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hg. vom MGFA. Bd. 2: Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent. Stuttgart 1979, S. 238 ff., 241 ff. und Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab). Hg. von P. E. Schramm. Bd. I: 1. August 1940 bis 31. Dezember 1941. Zusammengestellt und erläutert von H.-A. Jacobsen. Frankfurt 1965, S. 950.
- 31 Kordt, Nicht aus den Akten, S. 356 f.; Müller, Das Heer und Hitler, S. 498; Kosthorst, Die deutsche Opposition, S. 56; Kurt Sendter: Die deutsche Militäropposition im ersten Kriegsjahr. In: Vollmacht des Gewissens. Bd. I. Frankfurt 1960, S. 395, 405, 426; Hoffmann, Widerstand, S. 167; Groscurth, Tagebücher, S. 51 ff., 217 ff.
- 32 Müller, Das Heer und Hitler, S. 499; Ueberschär, Generaloberst Halder, S. 25 f.
- 33 Kosthorst, Die deutsche Opposition, S. 159–166; Halder, Kriegstagebuch, Bd. I, S. 104; Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb. Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen. Aus dem Nachlaß hg. von Georg Meyer. Stuttgart 1976, S. 49 ff., 188, 468 ff.; siehe auch Gräfin Schall-Riauour, Aufstand und Gehorsam, S. 264 f., 269 f.
- 34 Halder, Kriegstagebuch, Bd. I, S. 107.
- 35 Groscurth, Tagebücher, S. 219, 498–503, auch zum folgenden Zitat; siehe auch Hassell, Vom Andern Deutschland, S. 85 f.; Kordt, Nicht aus den Akten, S. 359–366.
- 36 Gräfin Schall-Riauour, Aufstand und Gehorsam, S. 271; Gisevius, Bis zum bitteren Ende, S. 416; Graf von Thun-Hohenstein, Der Verschwörer, S. 163 ff.; Groscurth, Tagebücher, S. 223. Dabei war an die Teilnahme der Generale von Witzleben, Olbricht, Hoepner, Geyr v. Schweppenburg, v. Reichenau und v. Falkenhausen gedacht, siehe ebd., S. 222 f., mit Anmerkung 579.
- 37 Halder, Kriegstagebuch, Bd. I, S. 120; Groscurth, Tagebücher, S. 224; Müller, Das Heer und Hitler, S. 521.
- 38 Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 201, 472.
- 39 Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg, S. 269 f.

- 40 Ebd., S. 272; Sendtner, Die deutsche Militäropposition, S. 426; Müller, Das Heer und Hitler, S. 525; Gräfin Schall-Riauour, Aufstand und Gehorsam, S. 276 f.
- 41 Groscurth, Tagebücher, S. 225.
- 42 Ebd., S. 486–490.
- 43 Ebd., S. 234 f., 414–418; IMT, Bd. 26, Dok. 789-PS, S. 327–336; Jacobsen, Fall Gelb, S. 58 ff.
- 44 Thomas, Gedanken und Ereignisse, S. 546; Gräfin Schall-Riauour, Aufstand und Gehorsam, S. 278 f.; auch zum folgenden.
- 45 Siehe Groscurth, Tagebücher, S. 236; Hassell, Vom Andern Deutschland, S. 93 f.
- 46 Ebd., S. 95; Groscurth, Tagebücher, S. 246 f.
- 47 Vgl. dazu IMT, Bd. 34, Dok. 157-C, S. 608 ff.; ferner die Ausarbeitungen und Denkschriften in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (= BA-MA), WII/284, WIIF5/1179, 1837 und WIVI/323; siehe auch Ger van Roon: Graf Moltke als Völkerrechtler im OKW. In: VfZG 18 (1970), S. 12–61, hier S. 28 ff.; Helmuth James Graf von Moltke. Völkerrecht im Dienste der Menschen. Dokumente. Hg. u. eingeleitet von Ger van Roon. Berlin 1986, S. 174 ff., 214 ff.; neuerdings Rolf-Dieter Müller: Kriegsrecht oder Willkür? Helmuth James Graf von Moltke und die Auffassungen im Generalstab des Heeres über die Aufgaben der Militärverwaltung vor Beginn des Rußlandkrieges. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/1987, S. 125 ff.
- 48 Stellungnahme von Ausland Vid v. 17. 11. 1939 in: BA-MA, WII/284 und Thesenpapier Moltkes zum Vortrag am 23. 11. 1939 in: BA-MA, WIVI/323; auch zum folgenden.
- 49 Protokoll zur „Besprechung bei Chef des Sonderstabes HWK am 5. 12. 1939“, BA-MA, WII/284.
- 50 Siehe dazu Hans Rothfels (Hrsg.): Ausgewählte Briefe von Generalmajor Helmuth Stieff (Dokumentation). In: VfZG 2 (1954), S. 291–305; Helmut Krausnick: Hitler und die Morde in Polen. Ein Beitrag zum Konflikt zwischen Heer und SS um die Verwaltung der besetzten Gebiete (Dokumentation). In: VfZG 11 (1963), S. 196–209, Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942. Stuttgart 1981, S. 80–106; Müller, Das Heer und Hitler, S. 426–456.
- 51 Vgl. zum Beispiel den Lagebericht von Generaloberst Blaskowitz als Oberbefehlshaber Ost (Ic/A. O. Nr. 80/39 g. Kdos.) vom 27. 11. 1939 an Generaloberst v. Brauchitsch, BA-MA, RH 1/v. 58, auszugsweise abgedruckt bei Groscurth, Tagebücher, S. 426 f.; zur Denkschrift vom 6. 2. 1940 (Nürnberg Dok. NO-3011) siehe Martin Broszat: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945. Stuttgart 1961, S. 41 ff.; Hans-Adolf Jacobsen: 1939–1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten. Darmstadt 5. Aufl. 1961, S. 606 ff.; Müller, Das Heer und Hitler, S. 425 ff., 453 mit Anm. 164.
- 52 Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres Nr. 231/40 geh. vom 7. 2. 40 betr.: Heer und SS, in: BA-MA, Alliierte Prozesse 9/NOKW-1799; zu einem ähnlichen Befehl von Generaloberst von Kuchler vom 22. 7. 1940 siehe Krausnick/Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges, S. 112; Müller, Das Heer und Hitler, S. 453.
- 53 Siehe dazu Müller, Das Heer und Hitler, S. 448, 675; zum Himmler-Vortrag vgl. Klaus-Jürgen Müller: Zu Vorgeschichte und Inhalt der Rede Himmlers vor der höheren Generalität am 13. März 1940 in Koblenz. In: VfZG 18 (1970), S. 95–120.
- 54 Zur Haltung in Widerstandskreisen gegenüber Hitlers Rassen- und Judenpolitik siehe nun Christof Dipper: Der deutsche Widerstand und die Juden. In: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft 9 (1983), S. 349–380.
- 55 Thomas, Gedanken und Ereignisse, S. 546; Halder, Kriegstagebuch, Bd. I, S. 159; Gert Buchheit: Ludwig Beck, ein preußischer General. München 1964, S. 228 f.; Hoffmann, Widerstand, S. 192 f.; Gräfin Schall-Riauour, Aufstand und Gehorsam, S. 281 f.
- 56 Hassel, Vom Andern Deutschland, S. 128; Ritter, Goerdeler, S. 266.

- 57 Siehe Kordt, Nicht aus den Akten, S. 441; Groscurth, Tagebücher, S. 311; Hans Rothfels: Adam von Trott und das State Department (Dokumentation). In: VfZG 7 (1959), S. 318–332; ders.: Trott und die Außenpolitik des Widerstandes (Dokumentation). In: VfZG 12 (1964), S. 300–323; Christopher Sykes: Adam von Trott. Eine deutsche Tragödie. Düsseldorf 1969; Henry O. Malone: Adam von Trott zu Solz. Werdegang eines Verschwörers 1909–1939. Berlin 1986; Hassell, Vom Andern Deutschland, S. 112–118, 126; Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg. S. 107–157, 159 ff.; Josef Müller: Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit, München 1967, S. 80 ff., 125 f.; Peter Ludlow: Papst Pius XII., die britische Regierung und die deutsche Opposition im Winter 1939/40 (Dokumentation). In: VfZG 22 (1974), S. 299–341. Zur britischen Haltung siehe J. Lonsdale Bryans: Zur britischen amtlichen Haltung gegenüber der deutschen Widerstandsbewegung. In: VfZG 1 (1953), S. 345–351; Lothar Kettenacker: Die britische Haltung zum deutschen Widerstand während des Zweiten Weltkrieges. In: Das „Anderne Deutschland“ im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive. Hg. von Lothar Kettenacker. Stuttgart 1977, S. 49–76 mit Dokumentation S. 141–218.
- 58 Halder, Kriegstagebuch, Bd. I, S. 245; Thomas, Gedanken und Ereignisse, S. 546; Gräfin Schall-Riaucour, Aufstand und Gehorsam, S. 284 f.
- 59 Zur Rekonstruktion des Inhaltes siehe Ritter, Goerdeler, S. 258; Sendtner, Die deutsche Militäropposition, S. 464 ff.; Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg, S. 318–324; Müller, Bis zur letzten Konsequenz, S. 126, 130 ff.
- 60 Ritter, Goerdeler, S. 259; Müller, Bis zur letzten Konsequenz, S. 137; Gräfin Schall-Riaucour, Aufstand und Gehorsam, S. 288.
- 61 Hassell, vom Andern Deutschland, S. 134.
- 62 Siehe nun Graf von Thun-Hohenstein, Der Verschwörer, S. 153 f., 190 ff.; ferner Ritter, Goerdeler, S. 263–266; Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg, S. 96–106, 349–356; Sendtner, Die deutsche Militäropposition, S. 507–517; Jacobus G. de Beus: Morgen bei Tagesanbruch. Dramatische Stunden im Leben eines Diplomaten. Berlin 1982, S. 48 ff.
- 63 Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg, S. 77–82; Blasius, Für Großdeutschland, passim.
- 64 So noch Hermann Graml: Der Fall Oster. In: VfZG 14 (1966), S. 26–39; Gert Buchheit: Der deutsche Geheimdienst. München 1966, S. 286–306; Fritz Bauer: Oster und das Widerstandsrecht. In: Politische Studien 15 (1964), S. 188–194; neuerdings Hermann Graml: Hans Oster. In: Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten. Hg. von Hermann Graml. Frankfurt 1984, S. 221–229. Romedio Graf Thun-Hohenstein: Hans Oster. In: 20. Juli. Portraits des Widerstands. Hg. v. Rudolf Lill und Heinrich Oberreuter. Düsseldorf 1984, S. 223–234, auch zum folgenden Zitat über Osters Ausspruch.
- 65 Siehe: Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944. Hg. von Heinz Boberach. Neuwied/Berlin 1965, S. 77 (Lagebericht Nr. 99 vom 24. 6. 1940), S. 79 (Nr. 100 vom 27. 6. 1940); vgl. nunmehr auch in der Gesamtausgabe von 1938–1945, Herrsching 1984, Bd. 4.
- 66 Tagesbefehl Leebs v. 23. 6. 1940, in: BA-MA, RH 19III/7; zu Hitlers Absicht siehe: The Goebbels Diaries 1939–1941. Translated and edited by Fred Taylor. London 1982, S. 39.
- 67 Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres General der Artillerie, Eduard Wagner. Hg. von Elisabeth Wagner. München 1963, S. 194 (7. 7. 1940).
- 68 Die Weizsäcker-Papiere, S. 204 (23. 5. 1940), 235 (2. 2. 1941); vgl. Gotthard Breit: Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren. Boppard 1973, S. 200 ff.
- 69 Siehe zusammenfassend Horst Boog/Jürgen Förster/Joachim Hoffmann/Rolf-Dieter Müller/Gerd R. Ueberschär: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion. Stuttgart 1983, S. 3 ff. und Gerd R. Ueberschär: Hitlers Ent-

- schluß zum „Lebensraum“-Krieg im Osten. Programmatisches Ziel oder militär-strategisches Kalkül? In: „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Hg. von Gerd R. Ueberschär und Wolfram Wette. Paderborn 1984, S. 83 ff.
- 70 Halder, Kriegstagebuch, Bd. II, S. 261.
- 71 Groscurth, Tagebücher, S. 509 ff., auch zum folgenden.
- 72 Robert Gibbons: Opposition gegen „Barbarossa“ im Herbst 1940. Eine Denkschrift aus der deutschen Botschaft in Moskau (Dokumentation). In: VfZG 23 (1975), S. 332–340. Vgl. dazu Hans von Herwarth: Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931–1945. Frankfurt/Berlin 1982.
- 73 Siehe die Hinweise in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, S. 282 ff.; Andreas Hillgruber: Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, München 2. Aufl. 1982, S. 211, 227, 396; IMT, Bd. 9, S. 393 ff.; Die Weizsäcker-Papiere, S. 252; Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW, hg. von Walter Görlitz. Göttingen 1961, S. 392; Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, hg. von Gerhard Wagner. München 1972, S. 142 ff., 151 ff., 173 f., auch zum folgenden.
- 74 Hassell, Vom Andern Deutschland, S. 186 f.
- 75 Hoepners Befehl v. 2. 5. 1941 ist auszugsweise abgedruckt in: „Unternehmen Barbarossa“, a. a. O., S. 305; die „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland ebd., S. 312. Zur Entstehung des Hoepner-Befehls siehe Gerd R. Ueberschär: Ansätze und Hindernisse der Militäropposition gegen Hitler in den ersten beiden Kriegsjahren (1939–1941). In: Vorträge zur Militärgeschichte. Bd. 5: Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945. Herford/Bonn 1984, S. 81–109, hier S. 108, Anm. 108. Siehe auch Krausnick/Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges, S. 217. In dem Heft von Heinrich Bücheler: Generaloberst Erich Hoepner und die Militäropposition gegen Hitler. (= Beiträge zum Thema Widerstand, H. 9) Berlin 1979, wird der Befehl jedoch nicht erwähnt; ebenso nicht in der Biographie ders.: Hoepner; siehe dagegen Heinrich Bücheler: „... das ist unser Harakiri“. Generaloberst Hoepner und die „Barbarossa“-Planung 1940/41. In: Wehwissenschaftliche Rundschau 29 (1980), S. 192–4.
- 76 BA-MA, RH 21-4/16.
- 77 Aussage von Generalmajor Erwin Lahousen v. 8. 1. 1948, Archiv Institut für Zeitgeschichte München, ZS 658 Bd. I, auch zum folgenden Zitat.
- 78 Hassell, Vom Andern Deutschland, S. 187.
- 79 IMT, Bd. 37, S. 671: Dok. 180-L, Gesamtbericht des SS-Brigadeführers Dr. Stahlecker von der Einsatzgruppe A vom 15. 10. 1941.
- 80 Die Befehle Reichenaus, Hoths und Mansteins sind abgedruckt in: „Unternehmen Barbarossa“, a. a. O., S. 339 f., 341 ff., 343 f.
- 81 Manfred Messerschmidt: Der Kampf der Wehrmacht im Osten als Traditionsproblem. In: „Unternehmen Barbarossa“, a. a. O., S. 253–263; Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945. Stuttgart 1978, 2. Aufl. 1981; Jürgen Förster: Zur Rolle der Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. B 45/80 v. 8. 11. 1980, S. 3–15.
- 82 Vgl. Bodo Scheurig: Henning von Tresckow. Eine Biographie. Oldenburg 3. Aufl. 1973, überarb. Neuausgabe Berlin 1987; Fabian von Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler. Frankfurt 1962, Neuauflage 1984.
- 83 Siehe dazu Hans Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes. In: Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Hg. von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim. Köln/Berlin 1966, S. 73–167; Hermann Graml: Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes. In: ebd., S. 15–72; Klaus Hildebrand: Die ostpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 29 (1978), S. 213–241.
- 84 Halder, Kriegstagebuch, Bd. 1, S. 105 (14. 10. 1939).
- 85 Jürgen Thorwald: Die Illusion. Rotarmisten in Hitlers Heeren. München 1974, S. 70.

Dokumentenanhang

1. Denkschrift „Das drohende Unheil“ vom Oktober 1939, zusammengestellt von Erich Kordt, Hasso v. Etdorf und Helmuth Groscurth.
2. Brief von Generaloberst Ritter von Leeb an den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, vom 31.10.1939 über die militärischen und politischen Gründe, die gegen die Offensivabsicht Hitlers im Westen sprechen.
3. Auszug aus dem Bericht des Oberbefehlshabers Ost, Generaloberst Blaskowitz, an den Oberbefehlshaber des Heeres vom 27.11.1939 über die Greuelhandlungen der Sicherheitspolizei im besetzten Polen.
4. Auszug aus der Denkschrift des Oberbefehlshabers Ost, Generaloberst Blaskowitz, für den Oberbefehlshaber des Heeres vom 6. 2. 1940 anlässlich des geplanten Besuches von Generaloberst von Brauchitsch in Spala am 15. 2. 1940 betr. Militärpolitische Lage im besetzten Polen.
5. Brief von Generalfeldmarschall von Mackensen vom 14. 2. 1940 an den Oberbefehlshaber des Heeres über die NS-Greuelthaten in den besetzten Ostgebieten und dessen Antwort an Mackensen vom 2. 3. 1940.
6. Auszug aus dem Bericht des Ic der Heeresgruppe Mitte, Major i. G. Freiherr von Gersdorff, über Äußerungen zu den Judenerschießungen anlässlich seiner Frontreise vom 5.–8. 12. 1941.

Der Verfasser dankt den Archiven für die Abdruckgenehmigungen der ausgewählten Dokumente.

zu 1.: Denkschrift „Das drohende Unheil“ vom Oktober 1939, zusammengestellt von Erich Kordt, Hasso von Etdorf und Helmuth Groscurth

Quelle: Helmuth Groscurth: Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler. Hrsg. v. Helmut Krausnick und Harold C. Deutsch unter Mitarbeit von Hildegard von Kotze. Stuttgart 1970, S. 498 ff.; Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, N 104/2.

A.

Das drohende Unheil

Entgegen der Auffassung der verantwortungsbewußten politischen und militärischen Stellen und ungeachtet kürzlich feierlich wiederholter Verpflichtungen soll Hitler beschlossenen haben, durch einen Einfall nach Belgien dem Kriege eine neue Wendung zu geben. Die angeblich für Mitte November veranschlagte Ausführung dieses Beschlusses würde das Ende Deutschlands bedeuten.

I.

Der Einmarsch, dessen militärisches Ziel unklar ist, würde nach Anfangserfolgen alsbald steckenbleiben, eine Entscheidung des Krieges jedenfalls nicht herbeiführen. Gründe: Die Wetterlage im November, die einen rasanten Einsatz unserer Luftwaffe verhindert; die natürlichen Verteidigungsanlagen des Landes (Ardennen, steile Flußtäler, Albert-Kanal), welche die Panzerwaffe empfindlich blockieren; die Fortifikationen; die Verstärkung der belgischen Armee durch die französische, denn der Bruch der belgischen Neutralität durch uns schafft automatisch eine gemeinsame französisch-belgische Front.

II.

Der Widerstandswille der Franzosen wird entgegen anderer Voraussage nicht schwächer, sondern stärker werden: den Franzosen wird ein populäres Kriegsziel nahegebracht, um das sie bislang verlegen sind – die unmittelbare Bedrohung des „heiligen Bodens Frankreichs“ über Belgien und die Notwendigkeit offensiven Widerstandes dagegen. In England, das auch bei voller Beherrschung der Küstenlinie fliegerisch nicht „zu Boden gezwungen“ werden könnte (Mangel an geeigneten Flugzeugen, unzulängliche Bodenorganisation, Unsinn der Idee von den Luftlande-Divisionen), würden die letzten Zweifel schwinden, daß der Kampf gegen Hitler bis zum Ende durchgeführt werden muß.

III.

Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg mit allen seinen moralischen und materiellen Folgen (man wird nicht nur Material, sondern auch mit Kreuzzugsgeist erfüllte Menschen schicken).

Die Neutralen des gegenwärtigen Krieges (1,2 Milliarden gegen 200 Millionen im letzten Kriege), deren Friedenssehnsucht, trotz fast einhelligen Abscheus gegen einen Sieg Hitlers, bis jetzt doch noch so groß ist, daß sie **jeden** Abschluß des Krieges annehmbar finden würden, diese Neutralen würden zu der Überzeugung kommen, daß nur eine Niederlage Hitlers ihre Existenz sichern kann. Der offene Eintritt weiterer Staaten in den Krieg gegen uns wäre daher möglich.

Italien würde eine weitere wohlwollende Neutralität (Rohstoff-Transit!) unmöglich gemacht werden.

Die Sowjet-Union schließlich würde Deutschland kaum eine Entlastung geben wollen oder können; sie würde sich, wie in den letzten Wochen, darauf beschränken, ihre Macht dort auszudehnen, wo es am wenigsten riskant ist, gegebenenfalls auch gegen Deutschland (Leichenfledderer!).

Es wird sich mithin gegen uns eine Front bilden, der wir auf die Dauer weder im Kriegsmaterial (Munitionsverschleiß schon im polnischen Feldzugsmonat das Mehrfache einer Monats-Erzeugung bei einem Vorrat für 1 ½ Monate – gegenüber einem unerschöpflichen Gegner), noch

kriegswirtschaftlich (zunehmende Absperrung von den Neutralen, Wirtschaftsschwächung der für unseren Lebensmittelpport lebenswichtigen baltischen Staaten, Fragwürdigkeit der russischen Lieferungen wegen Transportschwierigkeiten) noch

VI.

moralisch gewachsen sein werden.

Die Folge würde sein: Zerbrechen der militärischen und inneren Front – Zerfall – Bolschewismus – oder bestenfalls Partikularismus und Loslösungen.

B.

Das Gebot der Stunde

Die Entscheidung darüber, ob die Neutralität Belgiens verletzt wird, ist daher ausschlaggebend für die Zukunft der Nation. Mit anderen Worten: Es muß verhindert werden, daß der Einmarsch-Befehl zur Ausführung gelangt.

Dies ist nur zu erreichen, indem man die Regierung Hitlers rechtzeitig zum **Sturze** bringt. Argumente, Proteste oder Rücktrittserklärungen der militärischen Führung allein würden erfahrungsgemäß weder ein Einlenken noch Nachgeben bewirken. Hitlers Entschluß zum Angriff durch Belgien entspricht einmal seinem Temperament („nichts ist unmöglich“, Gewalt-Methoden) und seiner augenblicklichen moralischen Verfassung (Berauschtsein vom letzten blutigen Erfolge und Blutdurst nach weiteren) wie weiterhin der Erkenntnis, daß seine Regierung zu keinem Vergleichsfrieden mit dem Gegner kommen kann. Daher sollen die Schiffe verbrannt, die Brücken abgebrochen werden.

C.

Keine Bedenken!

Man wende nicht ein:

I.

„Der Führer“ habe für Deutschland außenpolitisch, innenpolitisch und wirtschaftlich so Einzigartiges geleistet und mit notorischem Glück so oft bewiesen, daß ihm nichts unmöglich sei, daß es undankbar und vermessen wäre, ihm jetzt in den Arm zu fallen.

Die sogenannte Unfehlbarkeit des Führers ist eine blasphemische Legende. Seine Erfolge waren Scheinerfolge oder das Ergebnis einer natürlichen Entwicklung, wobei die durch seine Methoden hervorgerufenen Nachteile die Vorteile übertrafen.

1. Fälschlicherweise rühmt sich Hitler des häufigeren, die Revision des Versailler Vertrages sei sein Werk.
 - a) Das Ende der Reparationen wurde bereits im Juli 1932 erreicht und die militärische Gleichberechtigung am 11. Dezember 1932 zugestanden. Ihre praktische Verwirklichung wurde erst in Zweifel gestellt, als Hitler durch seine Politik die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen Deutschland mobilisiert hatte.
 - b) Die Angliederung Österreichs nur war vor Hitlers Machtübernahme kein innen-, sondern ein außenpolitisches Problem. Erst die Methoden der Verfolgung innerpolitischer Gegner in Deutschland brachte die österreichische Regierung dazu, sich dem häufig bekundeten Anschlußwillen der Bevölkerung zu widersetzen. Keine österreichische Regierung hätte es vorher gewagt, sich gegen den Anschluß auszusprechen. Die Hemmung des Anschlusses lag in der französisch-italienischen Opposition; sie wäre also spätestens (durch Option für oder gegen Italien) während des Abessinienkonfliktes fortgefallen, d. h. reichlich zwei Jahre vor dem 13. März 1938.
 - c) Unter den gleichen Voraussetzungen wäre nach dem Anschluß Österreichs der Zerfall der Kleinen Entente und damit die Einfügung der Tschechoslowakei in den deutschen Einflußkreis eine Frage eher von Monaten als von Jahren gewesen.
 - d) Die gewaltsame Besetzung der Rest-Tschechei hat dagegen schwere Nachteile für Deutschland mit sich gebracht, die bei einer friedlichen und vertragsgemäßen Einbeziehung der Tschechei vermieden worden wären.

- e) Ohne den Zug auf den Hradschin wäre aber der polnische Feldzug im Herbst 1938 oder Frühjahr 1939 ohne Hilfeleistung der Westmächte an Polen durchführbar gewesen, zu einer Zeit allerdings, als Hitler noch Polen als angeblichen Schutzwall gegen die Sowjetunion betrachtete.
- f) Die Prognosen schließlich, die Hitler vor dem jetzigen Konflikt stellte, sprechen für sich: Isolierung des deutsch-polnischen Konflikts, gegebenenfalls Bündnishilfe Italiens. Die Absage Italiens und der britisch-polnische Vertragsabschluß führte zum Widerruf des bereits gegebenen Vormarschbefehls, der später erneut gegeben wurde unter der Voraussetzung, daß die Westmächte höchstens einen Scheinkrieg führen würden, um nach Beendigung des polnischen Feldzugs schleunigst nachzugeben. In keinem anderen Lande der Welt hätten nach derartigen leichtfertigen Fehlern Außenminister und Regierungschef auf ihren Posten bleiben können.
2. Nicht anders ist die Bilanz der Hitlerschen **Innen- und Wirtschaftspolitik**.

Als sein größtes Verdienst galt zeitweise die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Befreiung Deutschlands von der bolschewistischen Gefahr. Es ist festzuhalten, daß die Arbeitslosigkeit der Jahre 1929–32 kein deutsches, sondern ein allgemeines Problem war. Alle hiervon in gleicher Weise betroffenen Industriestaaten haben in den Jahren 32–37 einen großen wirtschaftlichen Aufschwung und damit verbunden eine beträchtliche Verminderung der Arbeitslosigkeit erlebt. Dies ist allerdings in den meisten Staaten ohne schwerwirkende Vorgriffe auf die Zukunft, ohne eine gewaltige innere Verschuldung und ohne eine Verschleuderung des nationalen Reichtums, wie sie Hitlers Politik mit sich brachte, erreicht worden.

Die innerstaatliche Neuordnung hat dem deutschen Volke keine wirkliche Einheit gebracht. Im Gegenteil ist an die Stelle kontrollierbarer Einzelstaaten, deren allmähliche organische Ablösung durch eine starke Reichsgewalt eine Frage der Zeit war, eine Vielheit von fast unabhängigen Machthabern getreten, die nach eigenem Gutdünken handeln und in praxi niemandem verantwortlich sind. Neben der Wehrmacht bestehen eine Reihe von Wehrverbänden, die eigenen Gesetzen gehorchen. Die einheitliche Verwaltung ist abgelöst durch einen schädlichen Dualismus zwischen Partei und Staat. An die Stelle der christlichen Religion unseres Volkes ist ein seltsames Gemisch von sogenannten Weltanschauungen getreten, die den sittlichen Bestand des Volkes ernsthaft gefährden und eine allgemeine Verwahrlosung und Zuchtlosigkeit hervorgebracht haben. Der Rechtsstaat ist verschwunden und hat einem Zustande von Willkür und Korruption Platz gemacht, der den Satz vom Gemeinnutz, der dem Eigennutze vorgehen soll, zu einer Groteske verdreht. Noch nie war Deutschland dem Chaos und dem Bolschewismus näher als jetzt nach sechs Jahren Hitler-Regimes, das es in den letzten Wochen fertigbrachte, 20 Millionen Menschen dem Bolschewismus zu überantworten.

II.

Man wende ferner nicht ein:

Das Volk und die Armee (bis in hohe Posten, soweit die Dummheit reicht) werden einen coup d'état jetzt nicht begreifen, ihn vielmehr samt seinen Urhebern verabscheuen, nachdem der Führer soeben in Polen mit stupenden Erfolgen gesiegt hat, die uns das Schönste auch für die Zukunft hoffen lassen.

Die Verkennung der Lage durch die deutsche Öffentlichkeit und das Unverständnis dafür, nach einem glänzenden militärischen Feldzuge Konzessionen machen zu müssen, sind begreiflich. Das débacle wird erst allgemein erkannt werden, wenn es da ist. Dann freilich wäre der Staatsstreich populär, aber er käme zu spät und würde das Unheil nicht mehr abwenden, in das wir alle, ob mit Hitler oder ohne ihn, und mitsamt unseren schönen polnischen Lorbeeren hineinstürzten. Denn die Kriegsfurie, einmal aus dem Kasten, ist mit Vernunft nicht wieder zurückzulocken: Der Krieg folgt seinen eigenen unerbittlichen Gesetzen, und jede Heeresleitung will vor allem siegen, d. h. heutzutage, vernichten.

Die relative Unpopulärheit des Unternehmens muß daher mit dem nötigen Maß an Zivilcourage hingenommen werden. Sobald dem Publikum erst die Augen darüber geöffnet sind,

was Deutschland aus der Hand eines Besessenen bevorstand, wird sich eine bessere Erkenntnis bald durchsetzen. Im übrigen schafft die nach anfänglichem Friedensoptimismus sich zunehmend verbreitende dumpfe Ungewißheit über den Ausgang des Krieges schon jetzt eine unseren Plänen entgegenkommende Stimmungslage, und soll man last not least auch mitberechnen, wie sehr der Sturz des Hitler-Regimes „an sich“ von vielen und nicht den schlechtesten Deutschen herbeigesehnt wird.

III.

Man sage schließlich nicht:

Der Soldat müsse zu seinem Fahneneide stehen.

Der Fahneneid wurde Herrn Hitler als dem verantwortlichen Führer Deutschlands, d. h. unter gegenseitiger Verpflichtung geschworen. Dieser Fahneneid hat seine Gültigkeit verloren, da Hitler, seiner eigenen Pflicht vergessend, sich anschickt, Deutschland seinen besessenen Zielen zu opfern. Seines Fahneidees ist der deutsche Soldat also ledig. Es verbleibt ihm aber die höchste nationale Pflicht, dem deutschen Vaterlande gegen dessen Verderber die Treue zu halten.

Wer gleichwohl meint, der Fahneneid gegenüber Herrn Hitler bestünde fort und es entspräche nicht den Traditionen des deutschen Soldaten und des deutschen Beamten, einen geleisteten Eid zu brechen – dem sei geantwortet: In höchster Gefahr für die Nation und Staat haben deutsche Patrioten nicht gezögert, ihrem Gewissen zu folgen. Yorck sagte seinem König einen untragbar geworden Gehorsam auf.

Für eine revoltierende Gesinnung, eine „Fronde“ der preußischen Offiziere, gibt es in der Geschichte im übrigen Beispiele genug. Man denke nur an Marwitz und was er zu diesem Thema zu sagen wußte – wobei es dahingestellt bleiben kann, ob Herr Hitler sich überhaupt jene verklärende Ehrfurcht verdient hat, die allein ein höheres Gesetz als das sonst für Volkstribunen übliche begründet.

D.

Die Neue Reichsgewalt

I.

Ehrenhafter Friede

Die Bedingungen, unter denen eine spätere deutsche Regierung Frieden schließen kann, hängen von der Stärke, und zwar hauptsächlich von der militärischen Stärke ab, die Deutschland in die Waagschale werfen kann. Ein Eingreifen von staaterhaltender Seite verspricht nur so lange Erfolg, als eine militärische Niederlage oder ein 9. November vermieden wird. Eine Regierung des 9. Novembers würde kaum bessere Bedingungen erhalten als die Regierung der „Volksbeauftragten“. Nur eine Regierung, die auf eine intakte Armee zählen kann, wird einen **„ehrenhaften Frieden“** (peace with honour) zu schließen vermögen, d. h. einen Frieden, der Deutschland in seinen ethnographischen Grenzen nicht antastet (etwa auf der Grundlage der Münchener Konferenz), unter Herstellung einer Landverbindung des Reiches mit Ostpreußen und Angliederung des ostoberschlesischen Industriegebietes. Eine solche Lösung entspräche dem wirklichen nationalen Interesse. Sie vermied die Belastung mit fremdem Volkstum und würde Deutschland trotzdem aus geographischen und wirtschaftlichen Gründen den maßgebenden Einfluß in einer Rest-Tschechei und einem Rest-Polen geben. Sie würde schließlich auch ein Äquivalent sein für die Opfer und Lorbeeren des polnischen Feldzuges. Die Mäßigung im Erfolge ist im übrigen immer die größte politische Tat gewesen. (Frieden von Nikolsburg.)

Für einen solchen Frieden würden auf der anderen Seite wirken:

Eine allgemeine Erleichterung über die Beseitigung der Gefahren, die das Regime Hitlers für alle Staaten bedeutete; die manifeste Kriegsabneigung der Franzosen, sobald sie nicht im eigenen Lande angegriffen sind; der dringende Friedenswunsch der gesamten neutralen Welt; die allgemeine Furcht vor einer weiteren Ausdehnung des Bolschewismus in Europa.

Ein solcher Frieden würde auch England und Frankreich das Gesicht wahren, da beide Länder bei der Neugestaltung der Rest-Tschechei und von Rest-Polen mitsprechen können.

II.

(fehlt)

III.

Erste Maßnahmen

1. Die programmatische Verkündigung

In letzter Stunde vor einer äußeren und inneren Auflösung gilt es zu handeln

Für den Abschluß eines ehrenhaften Friedens;

Für die Errichtung eines Rechtsstaates (habeas-corporis-Akte; Auflösung der Gestapo);

Für einen staatlichen Aufbau, der Anständigkeit, Sauberkeit und den eigentlichen preußischen Traditionen entspricht;

Für eine Beteiligung des Volkes an der öffentlichen Willensbildung, wie die [sic] dem freien deutschen Manne zukommt (Auflösung der NSDAP?);

Für einen gerechten und wahrhaftigen deutschen (preußischen) Sozialismus;

Für eine christlich-sittliche Erneuerung.

2. Die eigentlichen Maßnahmen

U. a. Besetzung von Rundfunk und Presse; Besetzung der Post und Gas pp.-Werke;

Lokale Säuberungen durch Militärbefehlshaber usw.

zu 2.: Brief von Generaloberst Ritter von Leeb an den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, vom 31. Oktober 1939 über die militärischen und politischen Gründe, die gegen die Offensivabsicht Hitlers im Westen sprechen.

Quelle: Erich Kosthorst: Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug. Bonn 3. Aufl. 1957, S. 167 f.

Abschrift.

Der Oberbefehlshaber der
Heeresgruppe C

v. Leeb
Dok. Nr. 33
H. Q., den 31. 10. 1939

Lieber Herr v. Brauchitsch!

Eben war der gestern angekündigte Kurieroffizier bei mir.

Es drängt mich in dieser schicksalschweren Zeit Ihnen nochmals zu sagen, wie sehr ich Ihnen die Verantwortung nachfühle, die auf Ihnen lastet. Vielleicht hängt das Schicksal des gesamten deutschen Volkes in den nächsten Tagen von Ihnen ab. Denn in der gegebenen Lage ist wohl der Oberbefehlshaber des Heeres an erster Stelle berufen, seine Auffassung, hinter der der gesamte Generalstab und alle denkenden Teile des Heeres stehen, in aller Form zur Geltung zu bringen.

Ich möchte hoffen, daß auch die Oberbefehlshaber der beiden anderen Wehrmachtsteile sich dieser schweren Schicksalsstunde nicht verschließen.

Die **militärischen Gründe**, die gegen die Absichten des Führers sprechen, sind klar.

Wir können allein schon wegen unserer Ersatzlage nicht durchhalten. Es ist gegenwärtig, wo noch keine wesentlichen Ersatzanforderungen bestehen, schon schwierig, die eingezogenen überalterten Soldaten zu entlassen. Die vielfach überalterten Offiziere (E., z. V und Beurlaubtenstand) können überhaupt nicht ersetzt werden.

Das Schwert hat nicht die Schärfe, die der Führer wohl annimmt. Die vorhandenen Scharten, vor allem die Verwässerung des Offizierkorps, müssen sich daher rascher und stärker auswirken als dies im Weltkrieg der Fall war. Es fehlt an allen Ecken und Enden. Wenn man allerdings nur an der Oberfläche herumplätschert, merkt man dies nicht so. Eben wird mir über einen Artillerietruppenteil gemeldet, — ein Beispiel für viele andere — daß er eine größere Gefahr für die eigenen Truppen als für den Gegner bedeutet.

Ich halte es für ein gegenwärtig nicht zu erreichendes Ziel, Engländer, Franzosen und Belgier militärisch zu vernichten. Denn nur dann, wenn sie vernichtet sind, werden sie, im Angriffsfall, zu einem Frieden bereit sein.

Die Erfolge im Osten mit dem Wunschgedanken im Westen in Beziehung zu bringen, würde ein verhängnisvolles Abweichen von der Wirklichkeit sein.

Auf **politischem** Gebiet haben wir doch Polen als Faustpfand in der Hand. Wenn dies den Gegnern nicht paßt, dann mögen sie doch angreifen.

Das gesamte Volk ist von einer tiefen Friedenssehnsucht erfüllt. Es will den drohenden Krieg nicht und steht ihm ohne jede innere Anteilnahme gegenüber. Wenn die Parteistellen etwas anderes berichten, dann halten sie mit der Wahrheit zurück. Das Volk erwartet sich jetzt den Frieden von der Politik seines Führers, weil es wohl ganz instinktiv fühlt, daß eine Vernichtung Frankreichs und Englands nicht möglich ist und weiterreichende Pläne daher zurückgestellt werden müssen. Als Soldat muß man das gleiche sagen.

Wenn der Führer jetzt unter einigermaßen annehmbaren Bedingungen dem gegenwärtigen Zustande ein Ende bereiten würde, wird dies kein Mensch als Zeichen der Schwäche oder des Zurückweichens auslegen, sondern als ein Erkennen der wahren Machtlage. Das Zugeständnis einer Autonomie für die Tschechei und das Bestehenbleiben eines Reststaates Polen würde wohl auf volles Verständnis beim ganzen deutschen Volke stoßen. Der Führer würde dann nicht nur vom ganzen deutschen Volke, sondern gewiß auch von weiten Teilen der Welt als Friedensfürst gefeiert werden.

Ich bin bereit, in den kommenden Tagen mit meiner Person voll hinter Ihnen zu stehen und jede gewünschte und notwendig werdende Folgerung zu ziehen.

Stets Ihr ergebener
(gez.) Lb

zu 3.: Auszug aus dem Bericht des Oberbefehlshabers Ost, Generaloberst Blaskowitz, an den Oberbefehlshaber des Heeres vom 27. November 1939 über die Greuelhandlungen der Sicherheitspolizei im besetzten Polen.

Quelle: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, N 104/3 Nachlaß Groscurth.

Verhältnis zur Polizei:

Die Verbindung zu den Organen der Sicherheits- und Ordnungspolizei ist seit der Übernahme der Zivilverwaltung durch den Generalgouverneur ziemlich gestört. — Dazu kommt, daß die Truppe es ablehnt, mit den Greuelhandlungen der Sicherheitspolizei identifiziert zu werden und von sich aus jedes Zusammengehen mit diesen, fast ausschließlich als Exekutionskommandos arbeitenden Einsatzgruppen zusammen zu arbeiten. Die Polizei hat bisher noch keine sichtbaren Aufgaben der Ordnung geleistet, sondern nur Schrecken in der Bevölkerung verbreitet. Inwieweit sich die Polizei selbst damit abzufinden vermag, daß sie ihre Leute zwangsläufig dem Blutausch ausliefert, kann von hier nicht beurteilt werden, sicher ist jedoch, daß es für die Wehrmacht eine unerträgliche Belastung darstellt, da dies ja alles im „Feldgrauen Rock“ geschieht.

Zusammenfassung:

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Verhältnisse im besetzten Gebiet dringend einer baldigen Neuordnung bedürfen. Der augenblickliche Zustand treibt einer Entwicklung entgegen, die einen militärischen Unruheherd herbeiführt und die Ausnützung des Landes zugunsten der Truppe und der Wehrwirtschaft unmöglich macht. Mit Gewaltmaßnahmen allein ist die Sicherheit und Ruhe des Landes nicht herzustellen. Es liegt sowohl im Interesse der Wehrmacht wie auch der Zivilverwaltung, wenn in Polen eine leidliche Ordnung herrscht, die Bevölkerung mit den nötigsten Lebens- und Bedarfsmitteln versorgt wird und die Wirtschaft bald in Gang kommt.

Nach übereinstimmendem Urteil aller Dienststellen drohen weniger von Seite des polnischen Nationalismus als von Hunger und Kälte Unruhen und Aufstandsbewegungen. Auch dem starken Anwachsen der kommunistischen Zersetzung kann nur durch Schaffung eines befriedeten und mit den notwendigsten Lebensgütern versorgten Volk wirksam entgegen getreten werden.

zu 4.: Auszug aus der Denkschrift des Oberbefehlshabers Ost, Generaloberst Blaskowitz, für den Oberbefehlshaber des Heeres vom 6. Februar 1940 anlässlich des geplanten Besuches von Generaloberst von Brauchitsch in Spala am 15. Februar 1940 betr. militärpolitische Lage im besetzten Polen.

Quelle: Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, Nürnberger Dokument NO – 3011, Ord. Nr. 12, 3423–3428; vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RH 53–23/23.

Der Oberstbefehlshaber Ost

H.Qu. Schloß Spala, den 6. 2. 40

I. Militärpolitische Lage.

Im Industriegebiet Kasienna ist zum ersten Male das Bestehen einer weitverzweigten Aufstands- und Sabotageorganisation festgestellt. Hauptträger der Organisation sind Angehörige des ehemaligen polnischen Heeres. Das bei zahlreichen Verhafteten vorgefundene Material wird zur Zeit noch gesichtet. Die Staatspolizei sieht zunächst von weiteren Verhaftungen ab, um die spätere Zerstörung der Gesamtorganisation nicht zu gefährden.

Die sich hiermit aufzeigende Gefahr zwingt, zur Frage der Behandlung des polnischen Volkes allgemein Stellung zu nehmen.

Es ist abwegig, einige 10 000 Juden und Polen, so wie es augenblicklich geschieht, abzuschlachten; denn damit werden angesichts der Masse der Bevölkerung weder die polnische Staatsidee totgeschlagen noch die Juden beseitigt. Im Gegenteil, die Art und Weise des Abschlachtens bringt größten Schaden mit sich, kompliziert die Probleme und macht sie viel gefährlicher, als sie bei überlegtem und zielbewußtem Handeln gewesen wären. Die Auswirkungen sind:

- a) Der feindlichen Propaganda wird ein Material geliefert, wie es wirksamer in der ganzen Welt nicht gedacht werden kann. Was die Auslandssender bisher gebracht haben, ist nur ein winziger Bruchteil von dem, was in Wirklichkeit geschehen ist. Es muß damit gerechnet werden, daß das Geschrei des Auslandes stetig zunimmt und größten politischen Schaden verursacht, zumal die Scheußlichkeiten tatsächlich geschehen sind und durch nichts widerlegt werden können.
- b) Die sich in aller Öffentlichkeit abspielenden Gewaltakte gegen Juden erregen bei den religiösen Polen nicht nur tiefsten Abscheu, sondern ebenso großes Mitleid mit der jüdischen Bevölkerung, der der Pole bisher mehr oder weniger **feindlich** gegenüber stand. In kürzester Zeit wird es dahin kommen, daß unsere Erzfeinde im Ostraum – der Pole und der Jude, dazu noch besonders unterstützt von der kath. Kirche – sich in ihrem Haß gegen ihre Peiniger auf der ganzen Linie gegen Deutschland zusammenfinden werden.
- c) Auf die Rolle der Wehrmacht, die gezwungen ist, diesen Verbrechen tatenlos zuzuschauen, und deren Ansehen besonders bei der polnischen Bevölkerung eine nicht wieder gut zu machende Einbuße erleidet, braucht nicht nochmal hingewiesen zu werden.
- d) Der schlimmste Schaden jedoch, der dem deutschen Volkskörper aus den augenblicklichen Zuständen erwachsen wird, ist die maßlose Verrohung und sittliche Verkommenheit, die sich in kürzester Zeit unter wertvollem deutschen Menschenmaterial wie eine Seuche ausbreiten wird.

Wenn hohe Amtspersonen der SS und Polizei Gewalttaten und Brutalität verlangen und sie in der Öffentlichkeit belobigen, dann regiert in kürzester Zeit nur noch der Gewalttätige.

Überraschend schnell finden sich Gleichgesinnte und charakterlich Angekränkelte zusammen, um, wie es in Polen der Fall ist, ihre tierischen und pathologischen Instinkte auszutoben. Es besteht kaum noch die Möglichkeit, sie im Zaum zu halten; denn sie messen sich mit Recht von Amtswegen autorisiert und zu jeder Grausamkeit berechtigt fühlen.

Die einzige Möglichkeit, sich dieser Seuche zu erwehren, besteht darin, die Schuldigen und ihren Anhang schleunigst der militärischen Führung und Gerichtsbarkeit zu unterstellen.

Der Oberbefehlshaber im Grenzabschnitt Süd, General der Infanterie U l e x, äußert sich am 2. Februar 1940:

An den Oberbefehlshaber Ost **Spala**

Die sich gerade in letzter Zeit anhäufenden Gewalttaten der polizeilichen Kräfte zeigen einen ganz unbegreiflichen Mangel menschlichen und sittlichen Empfindens, so daß man geradezu von Vertierung sprechen kann. Dabei glaube ich, daß meiner Dienststelle nur ein **kleiner** Bruchteil der geschehenen Gewaltakte zur Kenntnis kommt.

Es hat den Anschein, daß die Vorgesetzten dieses Treiben im Stillen billigen und nicht durchgreifen **wollen**.

Den einzigen Ausweg aus diesem unwürdigen, die Ehre des ganzen deutschen Volkes befleckenden Zustand sehe ich darin, daß die gesamten Polizeiverbände **einschließlich ihrer sämtlichen höheren Führer** und einschließlich aller bei den Generalgouvernementsstellen befindlichen Führer, welche diesen Gewalttaten seit Monaten zusehen, mit einem Schlag abgelöst und aufgelöst werden und daß intakte, ehrliebende Verbände an ihre Stelle treten.
gez. U l e x

Am 5. 2. teilt der Verbindungsoffizier beim Generalgouvernement Major von Tschammer und Osten mit, in Rzessow und Tschenstochau seien bei der Ordnungspolizei eine Reihe von Todesurteilen gefällt und sollten dem Führer zur Bestätigung vorgelegt werden. In Tschenstochau seien allein 4 Offiziere angeklagt, der Bataillonskommandeur sei dreimal zum Tode verurteilt.

Nachdem, was bisher geschehen ist, muß abgewartet werden, ob tatsächlich der Wille besteht, Ordnung zu schaffen, zumal mehr oder weniger sämtliche Führer sich an diesem Treiben beteiligt, es zumindest unterstützt oder geduldet haben.

Was in Tschenstochau im einzelnen vorgefallen, entzieht sich der hiesigen Kenntnis. Nach Angabe eines Polizeioffiziers haben sich hier Offiziere der Polizei, wie auch an vielen anderen Stellen, in einem Blutrausch befunden.

Welcher Roheiten diese Bestien fähig sind, ergibt die in der Anlage 1 beigefügte Vernehmung eines Unterfeldwebels, eines Unteroffiziers und eines Gefreiten des Inf. Rgts. 414.

Die Einstellung der Truppe zur SS und Polizei schwankt zwischen Abscheu und Haß. Jeder Soldat fühlt sich angewidert und abgestoßen durch diese Verbrechen, die in Polen von Angehörigen des Reiches und Vertretern der Staatsgewalt begangen werden. Er versteht nicht, wie derartige Dinge, zumal sie sozusagen unter seinem Schutz geschehen, ungestraft möglich sind.

Eine eigentlich ständige Begleiterscheinung jeder polizeilichen Durchsuchung und Beschlagnahme sind Ansätze von Raub und Plünderung durch die an der Aktion beteiligten Polizeipersonen. Daß beschlagnahmte Waren jeder Art in den Polizei- und SS-Verbänden verteilt oder gegen eine geringe Anerkennungsgebühr verkauft werden, ist offenbar gang und gäbe.

In einer Besprechung beim Generalgouverneur am 23. 1. 40 teilt Generalmajor Bührmann, der Beauftragte für den 4-Jahres-Plan, mit, daß es seinem gewandten Außenstellenleiter, einem Rittmeister Schuh, gelungen sei, die SS zu bewegen, große Mengen von Uhren und Goldwaren abzugeben.

Angesichts solcher Zustände ist es natürlich nicht verwunderlich, daß der einzelne jede Gelegenheit benutzt, um sich selbst zu bereichern. Er kann dieses ja auch jetzt ohne jede Gefahr, denn wenn die Gesamtheit stiehlt, braucht der einzelne Dieb so leicht keine Strafe zu befürchten.

Es besteht kein Zweifel, daß die polnische Bevölkerung, die alle diese Verbrechen wehrlos mit ansehen muß oder durch sie selbst betroffen und zur Verzweiflung getrieben, jede Aufruhr- und Rachebewegung fanatisch unterstützen wird. Weite Kreise, die niemals an einen Aufstand gedacht haben, werden jede Möglichkeit hierzu ausnützen und ihr als entschlossen

sene Kämpfer zuströmen. Besonders die zahlreiche kleinbäuerliche Bevölkerung, die bei vernünftiger Behandlung und sachgemäßer deutscher Verwaltung ruhig und zufrieden für uns gearbeitet hätte, wird sozusagen mit Gewalt ins feindliche Lager getrieben.

Eine ganz besonders und stetig wachsende Beunruhigung des Landes bringt die Umsiedlung mit sich. Es liegt auf der Hand, daß die darben- und um ihre Existenz und ihr Leben ringende Bevölkerung nur mit größter Sorge die völlig **mittellos**, über Nacht aus ihren Häusern gerissenen, sozusagen nackt und hungrig bei ihr unterkriechenden Massen der Umgesiedelten betrachten muß. Daß diese Gefühle durch die zahlreichen verhungerten toten Kinder jedes Transportes und die Waggonen voll erfrorener Menschen zu maßlosem Haß gesteigert werden, ist nur zu erklärlich.

Die Ansicht, man könne das polnische Volk mit Terror einschüchtern und am Boden halten, wird sich bestimmt als falsch erweisen. Dafür ist die Leidensfähigkeit des Volkes viel zu groß:

Die Truppe hat in den letzten Monaten etwa 100 Erschießungen nach standrechtlicher Verurteilung in der Hauptsache wegen Waffenbesitz und Sabotage vorgenommen. Die poln. Bevölkerung hält dies für unser gutes Recht und findet sich damit ab. Dagegen wird sie sich mit allen Mitteln gegen alle verbrecherischen Grausamkeiten, Mißhandlungen und Plünderungen wie sie von SS, Polizei und Verwaltung begangen werden, zur Wehr setzen.

Die ältere poln. Generation kennt sehr genau aus hundertjährigem Kampf alle erprobten Schliche einer geschickten Verschwörung aus eigener Erfahrung. Sie wird sie an die Jugend weitergeben und diese damit zum besonders ernstzunehmenden Gegner machen.

Die mehrfach geäußerte Ansicht, ein kleiner polnischer Aufstand sei ganz erwünscht, weil man dann Gelegenheit habe, im großen Stil die Polen zu dezimieren, wird für sehr leichtfertig gehalten. Es sind nachweislich Massen von Waffen und Munition im Lande versteckt, so daß eine Aufstandsbewegung bestimmt viel deutsches Blut kosten würde. Zudem muß befürchtet werden, daß für die Niederkämpfung unter Umständen schwer entbehrliche Verstärkungen aus dem Westen herangezogen werden müssen.

Es besteht kein Zweifel, daß mit diesem Treiben in einer unverantwortlichen Weise die militärische Sicherheit und wirtschaftliche Ausnutzung des Ostens nutzlos gefährdet wird.

Aus der großen Zahl der nach dem 9. 12. zur Kenntnis vom Oberost (= Oberbefehlshaber Ost; Verf.) gekommenen Übergriffe und Verstöße der Polizei, SS und Verwaltung werden einige bezeichnende Fälle in Erweiterung der früheren Liste in der Anlage 2 aufgeführt.

In dem Verhältnis zum Generalgouverneur und der Polizei hat sich nach dem Besuch in Spa-la nichts geändert. Es wird versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob zur Wehrmacht überall die besten Beziehungen unterhalten würden. Der Truppe gegenüber ist man vorsichtiger geworden.

Der Truppe selbst ist fraglos das Rückgrat gestärkt. Übergriffe gegen sie werden sich so leicht nicht wiederholen.

Anm.:

Die im Text erwähnten Anlagen 1 und 2 sind hier nicht abgedruckt.

zu 5.: Brief von Generalfeldmarschall von Mackensen vom 14. Februar 1940 an den Oberbefehlshaber des Heeres über die NS-Greuelthaten in den besetzten Ostgebieten und dessen Antwort an Mackensen vom 2. März 1940.

Quelle: Klaus-Jürgen Müller: Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940. Stuttgart 1969, S. 675 und Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, N 39/314 Nachlaß v. Mackensen.

Falkenwalde, den 14. Febr. 40

Sehr verehrter Herr v. Brauchitsch!

Je älter der Mensch wird, um so strenger muß er das Nachlassen seiner eigenen Leistungsfähigkeit und deren Wirkung beachten. Ich habe daher je mehr ich mich dem nun vollendeten 90. Lebensjahr näherte, um so mehr persönlich nicht gebundene Betätigungen unterlassen. Aber die Zeitgenossen sehen in mir den noch lebenden ältesten Offizier der Armee und so werden aus allen Schichten der Bevölkerung mir immer noch Wünsche und Bitten, zumeist Sorgen, schriftlich und mündlich vorgetragen.

Seit Wochen gelten diese Sorgen dem Geist unserer einzigartigen, neuen Ruhm kündenden Armee. Diese Sorgen werden hervorgerufen durch Untaten, die sich in Plünderungen, Tötungen und anderen Ausschreitungen in dem von Polen bewohnten Gebiet vor den Augen der deutschen Besatzungs-Truppen vollziehen, von diesen aber nicht verhindert werden können. Durch die vermeintliche Duldung fürchtet man eine schädliche Auswirkung auf den Gehalt der Truppen, sowie eine Minderung des Ansehens unserer Armee, ja des ganzen Volkes.

Die stattgefundenen Ausschreitungen sind Ihnen, lieber Herr v. Brauchitsch, bekannt und werden von Ihnen sicherlich verurteilt. Ich gehe darauf nicht näher ein, so sehr sie mich erschüttern. Diese Zeilen sollen Sie lediglich kameradschaftlich benachrichtigen von den Sorgen, welche mir fast täglich mit der Bitte zugehen, sie höheren Orts vorzutragen. Diese Bitten sind so zahlreich und werden zum Teil von gewichtigen, urteilsfähigen Persönlichkeiten, sowie auch zeugenhaft erhärtet ausgesprochen, daß ich den Anruf als ältester Offizier nicht für mich zu behalten vermag. Wenn ich ihn also hiermit weitergebe, so erfülle ich damit eine Pflicht gegen die Armee.

Das Ansehen und die Ehre derselben darf nicht von den in Rede stehenden Untaten gedungener Untermenschen und freigelassener Verbrecher befleckt werden. Dies zu verhindern ist der Anlaß der mir ausgesprochenen Sorgen und dieses meines Briefes. Lesen Sie ihn, aber belasten Sie Ihre kostbare Zeit, bitte, nicht mit einer Antwort.

Meine heißen Wünsche begleiten Ihr bewegtes und verantwortungsvolles Tagewerk. Das Schicksal hat das für unser Volk und Vaterland in dieser ersten Zeit entscheidende Amt Ihnen übertragen. Gott der Allmächtige verleihe Ihren Entschlüssen den Sieg!

In aufrichtiger Kameradschaft, sehr geehrter Herr Generaloberst,

bin ich Ihr
Ihnen und dem Reichsheer in treuem
Gedenken stets naher
v. Mackensen
GrI.Feldm.

zu 6.: Auszug aus dem Bericht des Ic-Offiziers der Heeresgruppe Mitte an der Ostfront, Major i. G. Freiherr von Gersdorff, über Äußerungen zu den Judenerschießungen anläßlich seiner Frontreise vom 5.–8. Dezember 1941.

Quelle: „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente. Hrsg. von Gerd R. Ueberschär und Wolfram Wette. Paderborn 1984, S. 397 f.

Abschrift

Major i. G.
Frhr. von Gersdorff

Anlage zu Seite 943
9. 12. 1941

Während einer Frontreise vom 5. 12.–8. 12. 1941 im Bereich der 4. Armee besuchte ich Einheiten der 34. Div., der 20. Pz. Div. und der 3. I. Div. (mot) sowie teilweise die entsprechenden Div- und Korps-Stäbe. Ich hatte es mir zur Aufgabe gemacht, die Wünsche der Truppe in erster Linie auf dem Gebiete der geistigen Betreuung zu erfahren und einen Überblick über die Stimmung und den Zustand der Truppe zu erhalten. Durch Gespräche mit Offz. der Stäbe und der Truppe und mit Uffz. u. Mannschaften konnte ich feststellen, daß z. Zt. die Masse aller Wünsche auf dem Gebiete der Versorgung liegt. Die unzureichende oder fehlende Versorgung mit Bekleidungs- und Beleuchtungsmitteln – als den beiden augenblicklich dringendsten Bedürfnissen – hat oder wird eine Krisis im Vertrauen zur oberen Führung ergeben. Die Truppe steht auf dem Standpunkt, daß der Feldzug in Rußland ohne genügende Vorsorge für den russ. Winter begonnen worden ist.

Die Stimmung der Truppe ist im allgemeinen als gut zu bezeichnen, wenn auch das Einstellen des Angriffs und die Zurücknahme hinter die Nara auf die Stimmung gedrückt hat. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß sich die Truppe mit der Notwendigkeit, den russ. Winter durchzustehen, und mit der Fortsetzung des Feldzuges im nächsten Jahr stimmungsmäßig abgefunden hat. Sie erwartet Fürsorge in erster Linie auf allen Versorgungsgebieten und in zweiter Linie auf dem Gebiete der geistigen Betreuung. Ablösung und Urlaub spielen naturgemäß überall eine besondere Rolle, jedoch werden die Schwierigkeiten und die Erfordernisse der augenblicklichen Lage erkannt und hierbei berücksichtigt.

[...]

IV. Bei allen längeren Gesprächen mit Offizieren wurde ich, ohne darauf hingedeutet zu haben, nach den Judenerschießungen gefragt. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Erschießungen der Juden, der Gefangenen und auch der Kommissare fast allgemein im Offizierkorps abgelehnt wird, die Erschießung der Kommissare vor allem auch deswegen, weil dadurch der Feindwiderstand besonders gestärkt wird. Die Erschießungen werden als eine Verletzung der Ehre der Deutschen Armee, in Sonderheit des Deutschen Offizierkorps betrachtet. Je nach Temperament und Veranlagung der Betreffenden wurde in mehr oder weniger starker Form die Frage der Verantwortung hierfür zur Sprache gebracht. Es ist hierzu festzustellen, daß die vorhandenen Tatsachen in vollem Umfang bekannt geworden sind und daß im Offizierkorps der Front weit mehr darüber gesprochen wird, als anzunehmen war.

V. Der Besuch von Offizieren höherer Stäbe wird von der Truppe sehr begrüßt. Hierbei wird allerdings besonders der Besuch von Generalstabsoffizieren, die einmal mehr bekannt sind und andererseits besser über die allgemeine Lage orientieren können, gewünscht.

DER OBERBEFEHLSHABER DES HEERES

BERLIN W 35, DEN 2.3.1940.
TIRPITZUFER 72/76

5/3. m

6/14

Hochverehrter Herr Generalfeldmarschall !

Euer Exzellenz danke ich ergebenst für den Brief vom 14. Februar, in dem ich mit dankbarer Freude einen neuen Beweis der engen Verbundenheit Euer Exzellenz mit dem Heere sehe.

Die darin zum Ausdruck gebrachten Sorgen sind auch mir bekannt. Ich habe sie zum Gegenstand einer Besprechung mit dem Reichsführer SS H i m m l e r gemacht, so daß eine Nachprüfung der Vorgänge und ihre Abstellung zu erhoffen ist.

Mit dem Ausdrucke der vorzüglichsten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein

Euer Exzellenz
ergebenster



aus 408-39/314

Gleichlautende Mitteilungen entworfen, in denen
ich von dem Schreiben des Oberbefehlshabers
dem Grl. Obst. Beck u.
dem Prof. Popitz
Kenntnis gebe. M. 5/3.

Auf der Rückseite des Schreibens von Brauchitsch hat Generalfeldmarschall von Macken-
sen folgenden Vermerk notiert:

„Gleichlautende Mitteilungen entworfen, in denen ich von dem Schreiben des Oberbefehls-
habers

dem Grl. Obst. Beck u.

dem Prof. Popitz

Kenntnis gebe.

M. 5/3.“

Gerd R. Ueberschär, geb. 1943 in Offenbach (Main), Staatsexamen 1972, Promotion 1976, 1972–76 Wiss. Assistent Universität Frankfurt, seit 1976 Wiss. Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg, Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg.

Wichtigste Veröffentlichungen:

Hitler und Finnland 1939–1941. Die deutsch-finnischen Beziehungen während des Hitler-Stalin-Paktes. Steiner-Verlag Wiesbaden 1978.

Bomben und Legenden. Die schrittweise Aufklärung des Luftangriffs auf Freiburg am 10. Mai 1940. Ein dokumentarischer Bericht. Rombach-Verlag Freiburg 1981, (Mitautor).

Der Angriff auf die Sowjetunion (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4). Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart 1983, 2. Aufl. 1987, (Mitautor).

„Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente. Schöningh-Verlag Paderborn 1984, (Mitherausgeber).

Wer zurückweicht wird erschossen! Kriegsalltag und Kriegsende in Südwestdeutschland 1944/45. Dreisam-Verlag Freiburg 1985, (Mitautor).

Endlich Frieden! Das Kriegsende in Freiburg 1945. Schillinger-Verlag Freiburg 1985, (Mitautor).

Deutschland am Abgrund. Zusammenbruch und Untergang des Dritten Reiches 1945. Südkurier-Verlag Konstanz 1986, (Mitautor).

Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Geschichte. Dreisam-Verlag Freiburg 1987, (Mitautor).

Weitere Aufsätze und Beiträge zur Zeitgeschichte, zum Widerstand gegen Hitler und zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Zeitschriften und Sammelwerken.

Beiträge zum Widerstand

Herausgegeben von der
Gedenkstätte Deutscher Widerstand

- Heft 1 Andreas Biss, List als Mittel des Widerstandes 6. Aufl. 1987
Heft 2 Ludwig Rosenberg, Widerstand aus der Sicht der Emigration 4. Aufl. 1987
Heft 3 Rudolf Küstermeier, Der rote Stoßtrupp 4. Aufl. 1981
Heft 4 Werner Koch, Der Kampf der Bekennenden Kirche 4. Aufl. 1983
Heft 5 Georg Holmsten, 20. Juli 1944 – Personen und Aktionen 5. Aufl. 1983
Heft 6 Ilse Rewald, Berliner, die uns halfen, die Hitlerdiktatur zu überleben 4. Aufl. 1982
Heft 7 Heinz Galinski/Dietrich Stobbe, Das Gedenken mahnt 1. Aufl. 1978 (vergriffen)
Heft 8 ... für immer ehrlos – Aus der Praxis des Volksgerichtshofes 4. Aufl. 1986
Heft 9 Heinrich Bücheler, Generaloberst Erich Hoepner und die Militäropposition gegen Hitler 3. Auflage 1986
Heft 10 Fritz Eberhard, Arbeit gegen das Dritte Reich 3. Aufl. 1981
Heft 11 Ernst Fraenkel, Der Sinn illegaler Arbeit 2. Aufl. 1982
Heft 12 Maria Lahusen, Verurteilt wegen Heimtücke 3. Aufl. 1987
Heft 13 Detlev Peukert, Der deutsche Arbeiterwiderstand gegen das Dritte Reich 4. Aufl. 1987
Heft 14 Anna Sabine Halle, „Die Gedanken sind frei...“ 2. Aufl. 1982
Heft 15 Inge Deutschkron, Berliner Juden im Untergrund 5. Aufl. 1987
Heft 16 Wolfgang Wippermann, Antifaschismus in der DDR: Wirklichkeit und Ideologie 1. Aufl. 1980 (vergriffen)
Heft 17 Detlev Peukert, Alltag unterm Nationalsozialismus 2. Aufl. 1987
Heft 18 Adam Wolfram, Bergarbeiter im Widerstand 2. Aufl. 1986
Heft 19 Wolfgang Wippermann, Die Berliner Gruppe Baum und der jüdische Widerstand 2. Aufl. 1982 (vergriffen)
Heft 20 Richard Löwenthal, Die Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ 2. Aufl. 1986
Heft 21 Walter Uhlmann, Metallarbeiter im antifaschistischen Widerstand 2. Aufl. 1984
Heft 22 Erich Klausener, Zum Widerstand der Katholiken im Dritten Reich 2. Aufl. 1987
Heft 23 Bodo Scheurig, Walther von Seydlitz-Kurzbach – General im Schatten Stalins 2. Aufl. 1987
Heft 24 Kurt Hermann Mendel, „Blick in die Zeit“ 2. Aufl. 1987
Heft 25 Susanne Miller, Sozialistischer Widerstand im Exil, Prag – Paris – London 1. Aufl. 1984
Heft 26 Ger van Roon, Der Kreisauer Kreis zwischen Widerstand und Umbruch 1. Aufl. 1985
Heft 27 Klaus-Jürgen Müller, 20. Juli: Der Entschluß zum Staatsstreich 1. Aufl. 1985
Heft 28 Hans Mommsen, Der 20. Juli und die deutsche Arbeiterbewegung 1. Aufl. 1985
Heft 29 Klaus-Jürgen Müller, Der deutsche Widerstand und das Ausland 1. Aufl. 1986
Heft 30 Renate Bethge, Bonhoeffers Familie und ihre Bedeutung für seine Theologie 1. Aufl. 1987
Heft 31 Ingeborg Fleischhauer, Der Widerstand gegen den Rußlandfeldzug 1. Aufl. 1987